

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wochentlich 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erklingt täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigendruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Verfahren bei Verhängung der Untersuchungshaft und die Kollusionshaft.

VII. Die Reform der Strafprozessordnung.*)

Wie bereits im vorigen Artikel bemerkt wurde, unterscheidet sich die Untersuchungshaft in ihrem wesentlichsten Inhalte, der Entziehung der Freiheit, für den Einzelnen in nichts von der Straftat. Die Verurteilung der Möglichkeit, sich ungehindert zu betätigen, ist aber gerade in diesem Stadium für den davon Betroffenen mit besonders großen Nachteilen verknüpft. Es handelt sich um den ernstesten Augenblick seines Lebens. Der mit den ungeheuren Nachteilen des Staates ausgestatteten Anklagebehörde gegenüber will der von der Außenwelt Abgeschnittene seine Freisprechung erkämpfen oder sich wenigstens durch die Sammlung aller entlastenden Beweise eine möglichst geringe Strafe sichern. Und gleich dem Angeklagten sollte auch der Staat es als in seinem Interesse liegend erachten, daß ein der Sachlage entsprechendes Urteil gefällt wird. Dazu aber gehört die Verteidigungsmöglichkeit des Angeklagten. Wird ihm diese durch die Untersuchungshaft in weitestem Maße beschränkt, so müßte es der Staat für seine vornehmste Pflicht halten, die durch die Untersuchungshaft mit Notwendigkeit eintretende, aber durch ihren Zweck nicht gerechtfertigte Folge nach Möglichkeit auszugleichen, d. h. dem nicht auf freiem Fuße befindlichen, der selbst an der Wahrnehmung seiner Rechte behindert ist, und dessen Mittel ihm die Annahme eines Verteidigers nicht gestatten, von Amtswegen einen solchen zu bestellen. Mag man vielleicht aus der Erwägung heraus, daß es an dem Vorhandensein der notwendigen Verteidiger fehlen würde, für die große Zahl der wegen Verdachts der Betrügerei und Raubfälschung in Untersuchungshaft Genommenen von der Bestellung eines Offizialverteidigers absehen, was übrigens auch gar nicht unbedenklich ist, da das Gesetz hier als Zusatzstrafe Arbeitshaus kennt, die in ihren Wirkungen mehrjähriger Zuchthausstrafe gleichstehende Maßregel, so muß als Norm jedenfalls der Satz gelten, daß die durch den Staat selbst bewirkte Rahmung der Verteidigungsfreiheit dadurch ausgeglichen werde, daß jedem Verhafteten, der dies beantragt, ein Verteidiger beigeordnet wird.

Daß die Strafprozesskommission nicht daran gedacht hat, diese für jeden humanen Strafprozess sich ohne weiteres ergebende Forderung zu erfüllen, verriet sich bei den genugsam gekennzeichneten Charakter ihrer Beschlüsse von selbst. Während alle Welt über die Erweiterung der Fälle der notwendigen Verteidigung einig ist, gebiert die Kommission eine lächerliche Klausel. Nachdem bisher demjenigen, welcher noch nicht das sechzehnte Lebensjahr vollendet hatte, ein Rechtsbeistand zur Seite zu stellen war, wird großmütig jetzt das achtzehnte Lebensjahr vorgeschlagen. Weiter soll der Vorschrift des geltenden Rechts, daß das Gericht ganz nach freiem Ermessen auch in anderen Fällen einen Verteidiger bestellen darf, hinzugefügt werden, daß von dieser diskretionären Befugnis insbesondere Gebrauch zu machen sei, wenn der Beschuldigte außer Stande ist, sich selbst zu verteidigen. Dieser Vorschlag fand sogar einstimmige Annahme. Kein Wunder! Ein Mann, der es aus langjähriger Erfahrung wußte, der Reichsgerichtsrat Stenglein, bezeichnet als Schicksal aller derartigen Anträge die regelmäßige Ablehnung mit der bequemsten, schablonenhaften Begründung, daß kein Fall der notwendigen Verteidigung vorliege. Warum also soll man bei dieser Sachlage nicht einige human klingende Worte ins Gesetz aufnehmen. Dadurch entstehen ja dem Staate der fortgeschrittensten Sozialpolitik keine Kosten. Man vergleiche nun einmal mit diesen abgemessenen inhaltslosen Phrasen das französische Gesetz vom 8. Dezember 1897, welches vorschreibt, daß der Untersuchungsrichter in allen Fällen, auch in Nichtschaffachen, den Beschuldigten nach durchgeführtem Verhöre darüber belehren muß, daß er sich einen Verteidiger selbst wählen dürfe oder verlangen könne, daß ihm ein solcher von Amts wegen beigegeben werde. Die Protokolle der Strafprozesskommission streifen dieses Gesetz einmal beiläufig mit den Worten, es habe allerdings seinen Zweck, das Vertrauen des Volkes zur Objektivität des Untersuchungsrichters zu stärken, erreicht. Im übrigen aber seien die Ansichten über seine Wirkungen geteilt. Das ist richtig. Aber über die hier in Rede stehende Bestimmung von der Notwendigkeit und dem segensreichen Erfolge der unentgeltlichen Beordnung eines Verteidigers in allen wichtigeren Sachen auf Antrag des Beschuldigten besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit. Man empfindet dies in Frankreich als eine selbstverständliche Pflicht des Staates gegen die mittellosen Klassen.

Die Beordnung eines Verteidigers kann aber nur dann ihren Zweck voll erfüllen, wenn das Gesetz ihm die Möglichkeit gewährt, das Nichtvorliegen der Voraussetzungen für die Verhängung der Untersuchungshaft nachzuweisen. Hier liegt der Grund, aus dem die Regelung der Untersuchungshaft der unbefriedigendste Teil unserer Strafprozessordnung ist. Das Gesetz versagt hier dem Angeklagten dasjenige Mittel, welches sonst als die wesentlichste Garantie für einen gerechten Richterprozess gilt: die kontradiktorische Verhandlung. Ohne sie kann A. nicht gezwungen werden, dem B. 20 Mk. zu zahlen, und darf C. nicht zu einer Geldstrafe von 10 Mk. verurteilt werden. Da aber, wo die Freiheit eines Menschen auf dem Spiele steht, dessen Schuld überhaupt noch nicht erwiesen ist, kennen wir dieses allein wirksame Schutzmittel nicht, das für die Hauptverhandlung vom Gesetzgeber

als solches auch anerkannt ist. Die Wissenschaft hat, zum Teil im Anschluß an die Gesetzgebung fremder Staaten, bis ins einzelne gehende Vorschläge gemacht, wie in einen schleunigen, von dem Hauptprozess unabhängigen Verfahren dem von der Polizei oder der Staatsanwaltschaft vorläufig festgenommenen vor definitiver Verhängung der Untersuchungshaft durch den Richter Gelegenheit zu geben ist zu mündlicher Verteidigung, zu kontradiktorischer Erörterung der gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomente und vor allem der Frage, ob wirklich die Annahme des Fluchtverdachts im gegebenen Falle gerechtfertigt erscheint. Hieraus an dieser Stelle einzugehen, würde zu weit führen. Es genügt hervorzuheben, daß die Strafprozesskommission sich von alledem nichts zu eigen gemacht hat, vielmehr den gegenwärtigen Rechtszustand in seiner ganzen Furchtbarkeit und Traurigkeit fortbestehen läßt.

Nach wie vor also werden wir es erleben, daß Angeklagte nach dem Vorbild des Königsberger Hochverratsprozesses monatelang in Untersuchungshaft sitzen und erst in der Hauptverhandlung erfahren, was ihnen eigentlich zur Last gelegt wird. Man lese nur in der Publikation über den Prozess nach, wie den inhaftierten Angeklagten keinerlei Gelegenheit zur Befreiung der gegen sie vorliegenden Verdachtsgründe gegeben wurde, denn es waren ihnen niemals auch nur die Titel der Schriften, die sie verdrückt haben sollten, mitgeteilt, geschweige denn deren Inhalt.

Und man wende ja nicht ein, es habe sich in Königsberg um einen Ausnahmefall gehandelt. Der Verfasser der Schrift über den Königsberger Prozess hat ganz recht, wenn er sagt, daß hier die Erfahrungen der preussisch-deutschen Rechtsunsicherheit sich nur wie zu einem von allen Störungen gereinigten, auf seine reine Gefehmähigkeit konzentrierten Laboratorium-Experiment verbeizt haben. Können wir doch sogar in dem besten und in der Praxis fast allein benutzten Kommentar von Löwe nachlesen, daß, wenn dem Angeklagten nach dem Gesetz Gelegenheit zur Befreiung der Verdachtsgründe gegeben werden soll, sie ihm zwar mitgeteilt werden müßten, dies brauche aber nicht sogleich bezüglich „aller“ geschehen. Man sieht, wie bodenlos tief unsre Praktiker in den Anschauungen des Inquisitionsprozesses stehen.

Die Strafprozesskommission bringt sogar das Kunststück fertig, auch hier wiederum diesen unerträglichen Rechtszustand noch um ein beträchtliches zu verschlechtern. Es soll von nun ab im Gegensatz zum geltenden Recht die Verteidigung eines Zeugen schon im Vorverfahren dann zulässig sein, wenn die Verteidigung als Unterlage für die Entscheidung über die Verhaftung erforderlich erscheint. Um den damit dem Angeklagten drohenden, neuen schweren Schaden zu ermessen, braucht nur auf das in den früheren Artikeln Gesagte verwiesen werden. Bei diesen eiblichen Vernehmungen kann der Staatsanwalt stets anwesend sein, Fragen stellen und die Ausnahme der ihm ertwünschten Antworten in das Protokoll bewirken. Ueber die Zulassung des Angeklagten und seines Verteidigers entscheidet — wir lassen hier die sich in den Vorschlägen der Kommission findenden Verkläuterungen, da sie doch nur Redensarten sind, fort — der Richter nach freiem Ermessen. Diese in Abwesenheit des Angeklagten gemachte, vielleicht durch einen einzigen Vorhalt von ihm richtig gestellte eibliche Aussage des Zeugen aber entscheidet das Schicksal des Angeklagten, da der Zeuge daran bei Gefahr des Zuchthausgeses gebunden ist. Solange nicht der Angeklagte und sein Verteidiger einen zwingenden Anspruch auf Anwesenheit bei allen eiblichen Vernehmungen haben, ist der Kommissionsvorschlag nur eine weitere Verschlechterung der Rechte des Angeklagten.

Endlich ist noch zu erwähnen, daß die Kommission das für das Ermittlungsverfahren bestehende Recht des Richters, einen von ihm als unschuldig Erkannten ohne Zustimmung des Staatsanwalts und auch gegen dessen Widerspruch aus der Haft zu entlassen, beseitigt. Es wird dies mit den denkwürdigen Worten motiviert, es sei zwar die Verhaftung in die Hand des Richters gelegt, aber die Verantwortlichkeit für den Gang des vorbereitenden Verfahrens falle der Staatsanwaltschaft zu. Also: Verhaften darf der unabhängige Richter selbständig, einen für schuldig Erkannten nicht wieder in Freiheit setzen ohne Zustimmung des Staatsanwalts. Ist diese Aenderung auch praktisch ohne Bedeutung, so ist sie doch wegen des darin zum Ausdruck kommenden theoretischen Gedankens interessant.

Endlich noch einige Worte über die Kollusionshaft. Sie ist entstanden mit dem Inquisitionsprozess und daher Staaten, die diesen nicht kennen, wie England, stets als eine unbegreifliche Barbarei erschienen. Es gibt keine größere Ungerechtigkeit, als die verschiedene Beurteilung, welche die Sammlung des Ver- und des Entlastungsmaterials im geltenden Rechte erfährt. Während dem Staatsanwalt die ganzen unbegrenzten Nachmittel des Staates, die Hilfe der gesamten Polizei, zur Herbeischaffung des Verfolgungsmaterials zur Verfügung stehen, hängt fortwährend über dem Angeklagten das Damoklesschwert, auf bloße Vermutungen hin in Haft genommen zu werden, sobald er in energischer Weise seinen Entlastungsbeweis sammelt, zumal die Fassung des Gesetzes dem subjektiven Willen für und Tor offen läßt. Unter den heutigen Verhältnissen kann es ein Angeklagter kaum wagen, einen Zeugen über seine Wissenschaft zur Sache zu befragen, um ihn dem Bericht zu benennen. Er läuft dringend Gefahr, sofort wegen Kollusionsverdachts in Untersuchungshaft genommen zu werden. Eine Lücke im Gesetz würde sich durch den Fortfall dieses Haftgrundes schon deshalb sicher nicht fühlbar machen, da die schwereren Fälle wirklicher Kollusion, Verleitung von Zeugen zum Meineid, Verdrehen sind, bereiweg die Untersuchungshaft ohnedies zumeist verhängt werden wird.

Auch aus dem Kreise der Kommissionsmitglieder wurden einige Argumente gegen die Kollusionshaft geltend gemacht. Es wurde u. a. herorgehoben, daß sie sich immer nur gegen den Angeklagten richte, nicht aber, wenn zu seinen Ungunsten Zeugen beeinflusst

werden, z. B. durch den Verletzten und andere Personen, die ein Interesse an seiner Verurteilung hätten. Endlich treffe sie den Armen härter als den Vermögenden, für den auch im Falle der Haft durch Freunde und Verteidiger gesorgt sei. Die Wände sprechenden im Königsberger Prozess gemachten Erfahrungen scheinen leider keinem der Kommissionsmitglieder bekannt zu sein.

Mit einer Mehrheit von allerdings nur einer einzigen Stimme entschloß sich die Kommission zur Verbeibaltung des Instituts. Nicht einmal dazu konnte man sich aufraffen, ihm den Charakter der verächtlichsten Verhaftungsform des Mittelalters zu nehmen und zu fordern, daß wenigstens erst der tatsächlich unternommene Kollusionsversuch die Haft rechtfertige. Ebenso wenig fand der Gedanke des österröischen Rechts, die Kollusionshaft auf einen bestimmten Zeitraum zu beschränken, da innerhalb eines solchen jeder arbeitssame Richter den wesentlichen Tatbestand soweit aufklären könne, daß eine Verdunkelung nicht mehr zu befürchten sei, den Beifall der Kommission. Man wendete ein, daß dann für einfache Fälle die Gefahr bestehe, daß der Richter die Haft unndigertweise bis zum Ablauf der Frist fortbauern lassen werde. Ja in aller Welt, was für Richter hat die Kommission im Auge!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September.

Der Inhalt des russisch-japanischen Friedensvertrages

wird in einem Telegramm des „Rhein“ aus Portsmouth wie folgt angegeben:

In der Einleitung wird die Namensliste der Friedensunterhändler aufgeführt und festgestellt, daß eine Einigung zwischen ihnen erzielt worden ist.

Artikel 1 stellt die Wiederherstellung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Herrschern, Staaten und Untertanen beider Länder fest.

Artikel 2. Rußland erkennt an, daß vom politischen, militärischen und verwaltungsrechtlichen Standpunkte aus die Interessen Japans in Korea vorherrschend sind und wird sich nicht Maßnahmen der Leitung, des Schutzes und der Aufsicht widersetzen, die Japan in Korea in Uebereinstimmung mit der koreanischen Regierung anzuordnen für nötig erachtet. Die russischen Unternehmungen in Korea genießen die gleichen Rechte wie die Unternehmungen von Staatsangehörigen anderer Länder.

Artikel 3 legt die gleichzeitige Räumung der Mandchurie näher auseinander. Die dort durch Privatleute erworbenen Rechte bleiben unberührt.

Artikel 4. Die russischen Pachtrechte auf Port Arthur, Dalm und die angrenzenden Gebiete und Gewässer gehen gänzlich auf Japan über. Grunderverbungen und Anrechte russischer Staatsangehöriger werden davon nicht betroffen.

Artikel 5. Rußland und Japan verpflichten sich gegenseitig, allgemeinen, alle Nationen in gleichem Maße berührenden Maßnahmen, die China zur Hebung des Handels und der Industrie in der Mandchurie treffen könnte, keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen.

Artikel 6. Die mandchurische Eisenbahn wird bei Kuang Tscheng Tse zwischen Rußland und Japan geteilt. Beide Abschnitte dürfen nur im Interesse des Handels und der Industrie verwendet werden, auch behält Rußland in seinem Bodenteile alle durch sein Uebereinkommen mit China für den Bau dieser Bahnlinie erworbenen Rechte. Japan ertvibt die Gruben, für die seine Leihstrecke den Verkehr vermittelt. Privatunternehmungen werden dadurch nicht berührt. Beiden Parteien wird gänzliche Handlungsfreiheit auf dem expropriierten Gebiete eingeräumt.

Artikel 7. Rußland und Japan verpflichten sich, ihre Bahnanstränge bei Kuang Tscheng Tse zu verbinden.

Artikel 8. Die Leihstrecken müssen derartig verwaltet werden, daß für den Handelsverkehr zwischen ihnen keine Schwierigkeiten entstehen.

Artikel 9. Rußland tritt an Japan den südlichen Teil von Sachalin bis zum 50. Breitengrade mit den Inseln, die dazu gehören, ab; die Freiheit der Schifffahrt in der La Pérouse- und der Zataren-Strasse wird gewährleistet.

Artikel 10 präzisiert das Verhältnis der russischen Untertanen in dem südlichen Teil von Sachalin; die freien russischen Ansiedler behalten alle ihre Rechte, ohne ihre Nationalität zu ändern, aber Japan kann die Verhafteten austweisen.

Artikel 11. Rußland verpflichtet sich, einen Vergleich abzuschließen über die fischereigerechte der Japaner im japanischen, Ochotskischen und Behring's-See.

Artikel 12. Rußland und Japan verpflichten sich, den Handelsvertrag, wie er vor dem Kriege bestanden hat, zu erneuern mit einigen Abänderungen, darunter besonders die Bestimmung, daß Rußland und Japan sich gegenseitig die Rechte der meistbegünstigsten Nation zugestehen.

Im Artikel 13 verpflichten sich Rußland und Japan zur gegenseitigen Rückgabe der Kriegsgefangenen und zur gegenseitigen Bezahlung der ihnen für den Unterhalt der Gefangenen entstandenen wirklichen Kosten, die durch Belege nachgewiesen werden müssen.

Nach Artikel 14 ist der Text des Friedensvertrages für die Russen in französischer, für die Japaner in englischer Sprache abzufassen; in Zweifelsfällen soll der französische Wortlaut als maßgebend gelten.

Artikel 15 bestimmt, daß die Herrscher der beiden Staaten die Ratifikation des Vertrages innerhalb fünfzig Tagen gegenseitig sollen. Nach der Unterzeichnung soll durch die Vermittelung der Vorkaisten Frankreichs und der Vereinigten Staaten der japanischen und der russischen Regierung telegraphisch mitgeteilt werden, daß die Ratifikation bewilligt ist.

In dem ersten Zusatzartikel wird bestimmt, daß die Räumung der Mandchurie durch die beiden Armeen innerhalb 18 Monaten vollendet sein muß, und zwar sollen die Truppen der ersten Linie den Anfang machen. Nach Ablauf der Räumungsfrist dürfen beide Parteien nur 15 Soldaten auf den Kilometer zur Uebervachung der Eisenbahn zurücklassen.

*) Vergleiche 179, 185, 191, 199, 200, 206 des „Vorwärts“.

Nach dem zweiten Zusatzartikel soll die Absteckung der Grenze zwischen den Japan bzw. Rußland gehörigen Teilen der Insel Sachalin durch eine besondere Kommission an Ort und Stelle erfolgen.

Deutsches Reich.

„Notorische Verlogenheit“.

Auf Grund der Straßburger Rede des Genossen Webel glaubte die von Wahrheit liebreiche liberale Presse diese anmutige Betrachtung in die Welt setzen zu müssen:

„Nicht mehr Recht bleiben“, sagte das anerkannte Oberhaupt der Sozialdemokratie in Deutschland, Webel, in Straßburg und fügte hinzu: „Ich bin gewiß kein Freund des Liberalismus, aber wenn der Arbeiter heute gleichberechtigt ist, dann hat er es der Gewerkschaft, der Freizügigkeit, der Pressefreiheit zu danken.“ Also mit anderen Worten: Durch das Wirken des Liberalismus hat der Arbeiter heute genau so viel Rechte wie jeder andere Staatsbürger, er ist gleichberechtigt. Nun kennt aber jeder, der die Politik verfolgt, das Gezerter der sozialdemokratischen Redner und Schreiber, daß der Arbeiter in Deutschland nicht nur nicht gleichberechtigt, nein, daß er ein Sklave ist, Sklave der Gewalt jeder Obrigkeit, jedes Kohlen-, Eisen-, Schloß- und so weiter Konzerns preisgegeben. Mit welcher Schamlosigkeit wurde während der bayerischen Wahlen der Liberalismus nicht allein als der erbitterte Feind der Arbeiter hingestellt, sondern geradezu als der Urheber der ganzen heutigen Lage des Arbeiters mit allen ihren Mängeln und Bedrückungen. Bis zum Uberschnappen der Stimme freisetzten die Versammlungsredner ihre eingelagerten Sätze nach dem Thema: „Die Liberalen sind die wahren Arbeiterfeinde“ über die willkürlichen Köpfe der Massen hinweg — und Webel? Webel sagt das Gegenteil. Auf einer der beiden Seiten ist hier die Unwahrheit, die bewußte Lüge, und wollen die Agitatoren von Webel sagen, er habe gelogen? Wer es auch gewesen sei, es kühnt sich auch hier wieder die notorische Verlogenheit der sozialdemokratischen Wortführer.“

Ganz richtig! Hier zeigt sich deutlich wieder einmal die notorische Verlogenheit, eine unzählbare Lust am Schwindeln und Fälschen. Aber nicht bei einer von „den beiden Seiten“, sondern bei der liberalen dritten Seite, die, um ihre schöne Enttäuschung an den Mann bringen zu können, unserem Genossen einen Satz in den Mund legt, den er gar nicht gesprochen hat.

Unter Bezugnahme auf den jenseitigen Artikel der liberalen Presse teilt nämlich Genosse Webel unserem Münchener Korrespondenten folgendes mit:

Die liberale Presse fälscht einige Äußerungen, die ich über die historische Vergangenheit des Liberalismus in meiner Straßburger Rede machte, zugunsten des heutigen Liberalismus in einer unqualifizierbaren Weise.

Ich habe auf die Äußerung des Abg. Gröber auf dem Reichstags in Straßburg: die Kirche habe den Arbeitern die Befreiung gebracht, ausgeführt: das sei historisch falsch. Die Kirche habe allezeit auf Seiten des Bestehenden gestanden und das selbe verteidigt, sie habe die Sklaverei, die Leibeigenschaft und Hörigkeit nicht nur verteidigt, sondern auch praktiziert.

Als 1825 die elsäß-lothringischen Bauern sich erhoben, um sich von der Leibeigenschaft und Hörigkeit zu befreien, sei diese Revolution der Bauern gegen Kirche und Adel unternommen worden. Aber die Kirche und Adel hätten aber dieselbe furchtbar blutig niedergeschlagen — wie ich das am Verlauf des Bauernkrieges nachweis — und die Bauern wieder in noch schlimmere Fesseln geschlagen. Erst die große französische Revolution von 1789, die, wie bekannt, sich auch gegen die Herrschaft der Kirche und des Adels richtete, hätte Bauern und Arbeitern die bürgerliche Gleichheit gebracht, und die Februarrevolution 1848 auch die politische Gleichheit. In Deutschland habe Napoleon I. das Erbe der großen Revolution vollzogen, indem er mit eisernem Wesen den feudalen Unrat, den Kirche und Adel aufgehäuft, hinweggeführt habe. Was übrig blieb, habe die Revolution von 1848/49, der die Kirche ebenfalls feindlich gegenüberstand, beseitigt. Die endgültige bürgerliche Freiheit sei dem Arbeiter in Deutschland aber erst durch die Gründung des Norddeutschen Bundes bzw. Deutschen Reiches gebracht worden, insofern als der Liberalismus die Gewerkschaft, die Freizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit, die Verehelichung und die Pressefreiheit brachte, Freiheiten, die er nicht dem Arbeiter, sondern dem Kapitalismus, d. h. sich selbst zuliebe haben mußte, um die moderne kapitalistische Entwicklung möglich zu machen. Daß diese Freiheiten auch dem Arbeiter nützlich, sei selbstverständlich, es sei wiederum das Zentrum, das zum Teil diese Freiheiten, wie die Gewerkschaft und die Freizügigkeit, zuminde machen wolle.

Von Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und allgemeinem Wahlrecht habe ich mit Bezug auf den Liberalismus in Straßburg nicht gesprochen. Dazu lag keine Veranlassung für mich vor. Wohl aber werde ich Veranlassung haben, über diese Punkte anlässlich meines Referats auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena über den politischen Massenstreik und die Sozialdemokratie zu sprechen, und was ich dort über die Stellung des Liberalismus zur politischen Gleichheit des Arbeiters zu sagen habe, dürfte den Herren Liberalen schwerlich gefallen.

Nebenbei sei bemerkt, daß ich die Wahlaktive meiner bayerischen Parteigenossen im letzten bayerischen Wahlkampf, als durch die eigentümlichen Verhältnisse in Bayern geboten, durchaus gebilligt habe.“

Fleischwucher.

Ministerielle Praktiken zur Verschärfung der Fleischnot. In einer am Sonntag in Köln abgehaltenen Volksversammlung trat ein sachkundiger Redner auf und erklärte: In die im Kölner Schlacht- und Viehhöfe tätigen Kreis-Tierärzte sei, nachdem seit zehn Jahren das aus Holland eingeführte geschlachtete Vieh nach den nämlichen Grundregeln wie das hiesige Vieh behandelt wurde, vor vier bis fünf Monaten die ministerielle Anweisung ergangen, nunmehr anders zu verfahren. Bei dem hiesigen Vieh werde, wenn nur eines der inneren Organe tuberkulös, das andere Fleisch aber gesund sei, das betreffende Organ vernichtet und das Fleisch jenseitig ganz freigegeben oder der Freibank zugewiesen. Genau so sei es bei dem ausländischen Fleisch bis vor kurzem gehalten worden. Nun aber werde, wenn bei dem aus dem Auslande stammenden geschlachteten Tiere auch nur eines der inneren Organe infiziert sei, das ganze Fleisch zurückgewiesen, um entweder wieder über die Grenze geschafft oder vernichtet zu werden. Das erstere sei gleichbedeutend mit dem letzteren, da der Rücktransport des geschlachteten Tieres, das ja in geschlachtetem Zustande den Weg schon einmal gemacht habe, so gut wie ausgeschlossen sei. Diese Behandlung des ausländischen Fleisches nach Ausnahmestimmungen sei eine unerhörte Ungerechtigkeit und trage zur Verschärfung der Fleischnot bei.

Der Schwindel von der „Seuchengefahr“, die zur Begründung der den Agrarier zuliebe geschaffenen Grenzsperrren dienen muß, wird groß beleuchtet durch folgende Tatsachen: Im Monat August waren im Regierungsbezirk Aachen in 24 Gemeinden 25 Gehefte von der Schweinepeste oder der Schweinepest befallen, obwohl die benachbarte holländische und belgische Grenze seit mehr als zehn Jahren für lebendes Vieh gesperrt ist. Im Jahre 1902 gab es nach amtlichem Material im Regierungsbezirk Aachen allein zeitweise mehr Seuchen als in ganz Holland, und im Jahre 1904 soll in Holland überhaupt keine Seuche zu verzeichnen gewesen sein. Wird die Regierung ihren Eumbug von der Seuchengefahr endlich fallen lassen? —

Von der schweizerischen Grenze wird mitgeteilt, daß die schweizerischen Schlächter jetzt an bestimmten Tagen der Woche an die Grenze kommen und mit den elsässischen Grenzbesetzern vorzuziehliche Geschäfte machen, da sie das Pfund Fleisch durchschnittlich

um 12 Pf. billiger verkaufen können, als es innerhalb der Grenzen des glorreichen Reiches kostet.

Auch die Stadtverordneten in Halle haben sich am Montag in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zu einer Interpellation betreffend die Fleischnot emporgeschwungen. Es wurde mitgeteilt, daß allein im Monat August d. J. 500 Schweine weniger geschlachtet wurden als im August 1904. Der Magistrat hatte diesmal seine sonst üblichen Kompetenzbedenken schwinden lassen und ist dem einstimmigen Beschluß, wegen Öffnung der Grenzen bei der Regulierung vorstellig zu werden, beigetreten.

Ein Protest gegen den Fleischwucher beschloß der Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei Mecklenburgs in seiner Sitzung in Lübeck am Montag. — Ebenso protestierte in Rannheim eine von mehr als 1000 Personen besuchte Volksversammlung.

Ueber den Wiederbeginn des Landtags und das Volksschulgesetz schreiben die Verh. Vol. Nachr.: „Die Zeitungsmeldung, daß erst, wenn sämtliche preussischen Minister zurückgetreten sind, über den Zeitpunkt der Einberufung des Landtags Bescheid gefaßt werden wird, dürfte zutreffen. Der Sachverhalt ist eben folgender: Eine Herbstsession des Landtags ist namens der Staatsregierung im Landtage wiederholt zu dem Zweck in Aussicht gestellt, um für die Durchberatung des dringlichen Gesetzentwurfs über die Unterhaltung der Volksschulen die nötige Zeit zu gewinnen. Obwohl es vom praktischen Standpunkte keineswegs als erwünscht zu bezeichnen ist, daß, wenn der Landtag zu einer Herbstsession zusammenberufen würde, gleichzeitig im Reichstage wie im Landtage Fragen von der größten Bedeutung zu erörtern sein würden, so hat man doch mit Rücksicht auf die große Dringlichkeit jenes gesetzgeberischen Wertes in Preußen daraus keinen entscheidenden Grund hergeleitet, von dem Plane einer Herbstsession des Landtags Abstand zu nehmen. Selbstverständlich würden aber solche gewichtigen Erwägungen der Reichspolitik nur dann zu Geltung kommen, wenn der Zweck, dem die Einberufung des Landtags im Herbst dienen soll, auch wirklich sich erreichen ließe, d. h. also, wenn der Landtag so zeitig mit einer Vorlesung betreffend die Unterhaltung der Volksschulen befaßt werden könnte, daß noch vor der Weihnachtspause ein wichtiger Teil der Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden könnte. Ob es möglich sein wird, die in Rede stehende gesetzgeberische Arbeit so zu fördern, daß ein entsprechender Gesetzentwurf rechtzeitig an den Landtag gebracht werden kann, dürfte daher für die Beschlußfassung des Staatsministeriums von entscheidender Bedeutung sein. Erwähnt mag dabei werden, daß der in dem Unterrichtsministerium ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes über die Unterhaltung der Volksschulen im Laufe dieses Sommers nachgeordneten Behörden zur Begutachtung vorgelegt worden ist, und daß es daher von dem Ergebnis dieser Begutachtung und ihrer Würdigung seitens der Zentralstellen abhängen wird, ob und inwieweit eine Umarbeitung dieses ursprünglichen Entwurfs eingetreten haben wird.“

Die Entschädigung unschuldig Verurteilter, wie sie im neuen Gesetz als elende Geldheit vorgezeichnet ist, führt zu den ungeheuerlichsten Vorkommnissen. Aus Dresden geht der „Voss. Zig.“ die folgende Mitteilung zu:

Unschuldig wegen Meineids verurteilt wurde im Juni v. J. der Schlosser Max Rudolf Schuster, der bereits reichlich drei Monate von der ihm zuerkannten dreijährigen Zuchthausstrafe im Zuchthause zu Waldheim verbüßt hatte, als sich seine Unschuld herausstellte. Er beantragte nun für die unschuldig erlittene Strafe und die vorausgegangene Unterdrückung einer Entschädigung in der Höhe des ihm entgangenen Arbeitsverdienstes, der auf 700 M. angegeben wurde. Statt dessen wurden ihm aber vom hiesigen Landgericht nur 50 M. Entschädigung zugesprochen, außerdem erhielt er aber eine Anklage wegen versuchten Diebstahls, weil ihm nachgewiesen wurde, daß er vor seiner Verhaftung keine Arbeit gehabt hatte. Unter dieser Anklage hatte sich Schuster dieser Tage vor Gericht zu verantworten. Das Urteil lautet auf drei Monate Gefängnis.

Ist diese Mitteilung vollständig, so muß die Anklage und Verurteilung wegen versuchten Betruges als völlig unbegründet bezeichnet werden. Der Arbeiter, der zur Zeit seiner unberechtigten Verhaftung keine Arbeit hatte, wäre danach nicht berechtigt, Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst zu fordern. Der Staat muß das Geld der Arbeitslosigkeit aus, um die gesetzliche Verpflichtung zur Entschädigung abzulehnen und wirft dann obendrein den armen Menschen ins Gefängnis, den er durch ungerechtfertigte Verhaftung und Verurteilung schwer an Leib und Gut geschädigt hat! Eine wunderbare Staatsordnung!

Gegen den Regierungsrat Martin, den Verfasser der Schrift „Die Zukunft Russlands und Japans“, soll nun gar die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beabsichtigt sein. Die Reichsregierung will anscheinend einen erneuten Beweis liefern, daß der deutsche Beamte unter keinerlei Problem eine selbständige Ansicht gewinnen darf, daß er seine schriftstellerische Uebersetzung lediglich nach den Wünschen der Regierung einzurichten hat.

Der Reichstagsabgeordnete Kulerski, dessen rechtlich eiferige Verfolgung wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ wir kritisierten, hat dem Landgericht in Graudenz seinen Aufenthaltort angegeben und mitgeteilt, daß er im Laufe des September in Graudenz ein-treffen werde. Er fügte zwei ärztliche Atteste bei, in denen übereinstimmend erklärt wird, daß er wegen Erkrankung mindestens zwei bis drei Monate der Ruhe bedürfe.

Die Hamburger Behörde für das Auswandererwesen sendet uns folgende Zuschrift:

Hamburg, den 2. September 1905.

An die Redaktion des „Vorwärts“

Berlin.

In einer am 28. v. Mts. in Ihrem Blatte unter der Ueberschrift „Amerika. Die hiesigen Dampfgesellschaften“ veröffentlichten Mitteilung, betreffend die Ueberfüllung transatlantischer Auswandererschiffe, ist die Behauptung aufgestellt worden, die „Pennsylvania“ von der Hamburg-Amerika-Linie habe am 22. April 1907 Passagiere mehr als das Gesetz erlaubt an Bord gehabt, ohne von den Behörden einen Widerspruch zu erfahren. Auch sei die Beschäftigung der Auswanderer mangelhaft und die Ventilation und Reinlichkeit ungenügend.

Die in dieser Veranlassung eingeleitete amtliche Untersuchung hat ergeben, daß die „Pennsylvania“ auf der in Frage stehenden Reise, welche sie am 8. April d. J. antrat und auf der sie am 22. April New York erreichte, 2668 Auswanderer an Bord hatte, während sie für die Zahl von 3188 Auswanderern, nämlich 1882 im Hauptdeck und 1306 im Zwischendeck, vermesen ist. Es wäre somit für 402 Auswanderer mehr, als tatsächlich befördert sind, Raum vorhanden gewesen, und es kann deshalb von einer Ueberfüllung des Schiffes keine Rede sein.

Was die Beschäftigung, die Ventilation und die Reinlichkeit auf den Dampftrern anlangt, so sind der Behörde niemals Klagen der Auswanderer in dieser Richtung zur Kenntnis gekommen; nach den Beobachtungen der Behörde ist die den Auswanderern verabreichte Kost gut und ausreichend und wird von der Hamburg-Amerika-Linie auf Reinlichkeit und Ventilation in den Auswandererschiffen stets besonderer Wert gelegt.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Reichs-Preßgesetzes ersuche ich ergebenst um Aufnahme der vorstehenden Berichtigung in Ihre Zeitung.

Der Senator und Präses der Behörde für das Auswandererwesen.
(Name unleserlich.)

Wir haben ausdrücklich erklärt, daß die gemachten Angaben der Zeitschrift „Calbers Weekly“ entnommen sind, und da auch andere Zeitungen in den Vereinigten Staaten den Inhalt des

Artikels „Die Hölle im Zwischendeck“ wiedergaben, glauben wir, daß die Sache ihre Richtigkeit habe. Es wäre wohl mehr am Platze gewesen, den amerikanischen Blättern die Richtigstellung zuzusenden.

Ausland.

Die Vaterlandslojen in Schweden.

Göteborg, Ende August. (Fig. Ber.)

Schweden ist unter den skandinavischen Ländern dasjenige, wo der Kapitalismus die größte Macht besitzt und im Bunde mit der ärgsten politischen Reaktion jeden wirklichen demokratischen und sozialen Fortschritt zu hemmen sucht. Dabei gedeiht selbstverständlich die Arbeiterbewegung ganz vorzüglich. Die Organisationen sind in raschem Wachstum begriffen. Besonders hat auch der Anti-Streitgesetzentwurf, der bekanntlich in der letzten Reichstagsession von der Zweiten Kammer mit einer Mehrheit von nur 2 Stimmen abgelehnt worden ist, dahin gewirkt, daß vor allem auch die Eisenbahnangestellten, die am stärksten bedroht waren, sich viel zahlreicher als bisher organisiert haben, und sie werden jedenfalls, sollte die Reaktion sich nach den Neuwahlen im September so stark fühlen, um es von neuem mit einem Attentat auf das Streikrecht der Arbeiter zu versuchen, wenn nötig alles aufbieten, um solche Pläne zu nichte zu machen.

Es ist für die schwedische Reaktion ganz besonders charakteristisch, daß sie sich gern mit patriotischen Phrasen schmückt, und selbstverständlich gab das Vorgehen Norwegens reichlich Gelegenheit, von „Sawedens Ehre“ und von der schrecklichen Kränkung, die die Norweger ihr zugefügt haben sollen, zu reden. Ähnlich wie sie bei Demonstrationen schwedischer Arbeiter vom „Mob“ zu reden pflegen, so erklärten die Vaterlandslojen jetzt auch, es sei der Mob, der in Norwegen regiere.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß Schweden in der Unionsfrage, so wie Norwegen es tut, als ein einzig Volk handelt. Dazu sind die Klaffenengänge viel zu scharf entwickelt. Schweden ähnelt in dieser Hinsicht Preußen-Deutschland. Ein starker Kapitalismus beutet das arbeitende Volk aus, politisch werden ihm die wichtigsten Rechte größtenteils vorenthalten und das kommunale Wahlrecht, das in den Städten den Reichen bis zu 100, in den Landgemeinden gar bis zu 5000 Stimmen gibt, übertrifft sogar noch das preussische an Verwerflichkeit. Dazu kommen die wiederholten Versuche, neben dem bestehenden Gesetz zum Schutze des Streikbrechertums noch ein zweites schärferes durchzusetzen, um ein für alle Mal den Arbeitern das Streiken unmöglich zu machen. Dabei verlangt man Vaterlandsliebe von den schwedischen Arbeitern, während die Bourgeoisie nicht im geringsten irgend welche Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes nimmt. Gaben doch die schwedischen Metallindustriellen just zur selben Zeit, wo die Vaterländischen am lauesten nach nationaler Sammlung schrien, gegen 18 000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Hielten sie doch diese Aus-sperrung trotz aller Einigungsversuche viele Wochen lang aufrecht. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß alle Versuche, den schwedischen Arbeitern eine Art von Liebe zum Staatswesen beizubringen, durchaus zwecklos bleiben müssen.

In einer Massenversammlung, die hier in Göteborg dieser Tage im Zirkusgebäude stattfand, erklärte der Ortsvertreter der Metallarbeiter, Leon Lindfors, in seinem Bericht über den Stand der Aus-sperrung:

„Man redet uns von Vaterlandsliebe, hat uns Vaterlandsverräter genannt, weil wir in gewisser Hinsicht die Pläne der Herren durchkreuzt haben. Nun wohl, wenn wir das Verhalten unserer Arbeitgeber und unsere politische Rechtslosigkeit betrachten, so können wir weit eher dazu kommen, unser Vaterland zu hassen und alles zu hassen, was mit dem Vaterländischen zusammenhängt.“

Diese Worte fanden stürmischen Beifall; ebenso die Worte, die dann über die internationale Solidarität der organisierten Arbeiterschaft gesprochen wurden. Dem Mitarbeiter des „Borwärts“ erteilte die Versammlung den Auftrag, der deutschen Arbeiterschaft die Brudergrüße der Versammelten zu überbringen.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 5. September. Der leitende Ausschuss der vereinigten Linken hat beschloffen, bei der Reaktion zu beantragen, daß die derzeitige Regierung in den Anlagenzustand versetzt werde, und ernannte demgemäß ein Subkomitee von sieben Mitgliedern zur Abfassung des Anlagentrages.

Frankreich.

Der Pariser Friedenskongress.

Paris, 3. September. (Fig. Ber.) In dieser Woche tagt im Trocadero, dem gewaltigen Industriepalast der Weltausstellung von 1878, der internationale Friedenskongress. Schon in den letzten Tagen sind Hunderte von Delegierten aus der Provinz und dem Ausland, darunter auch eine ansehnliche Zahl Deutscher eingetroffen. Der heutige Tag war repräsentativen Festlichkeiten gewidmet. Vormittag wurden die Kongressisten im feierlich geschmückten und glänzend beleuchteten Stadtsaal empfangen. Der Präsident des Gemeinderats Drouot hieß sie willkommen, im Namen aller Nationen dankte Furmenont (Belgien). In den Festreden spielten mehrere Orchester, darunter das 70 Mann starke des Brüsseler Raifon du Peuple. Die Feiern wurden mit der Marschallfeier eröffnet, der die „Internationale“ folgte, in die die ungeheure versammelte Menge — man darf sie auf 15 000 schätzen, begeißert einstimmt. — Ein durchaus sozialistisches Gepräge trug auch die Demonstration vor dem Denkmal des von den Jesuiten wegen „Gotteslästerungen“ demunzierten und 1766 unter schrecklichen Martern hingerichteten Chevalier La Barre, das am Nachmittag enthüllt wurde. Viele Tausende zogen in dichtem Zuge mit zahlreichen roten Bannern auf die Höhe von Montmartre, wo sich die Statue am Fuße der von der noch der Kommune errichteten „Sägneliche“ des heiligen Sergens gekrönten Höhe, just vor dem Portal der ebenso trivialen als ungeheuren Basilika auf einem dort von der Stadt Paris eingeräumten Platz erhob. Der Vorbemarsch beim Monument dauerte dreiviertel Stunden. Immer wieder ertönte die Internationale, von dem Orchester, das hinter dem Denkmal Platz genommen hatte, begleitet. Dazwischen hörte man den antikeritalen Kriegsruf: „Hu, hu la calotte“ und von den Gruppen der Anarchisten den taktmässigen Ruf „Mälats“ als Protest gegen die ständische Ausdehnung der über den anarchischen Theoretiker verlängerten Untersuchungshaft. Trotz des unfürlichen Polizeiaufgebots verlief alles in vollkommener Ordnung.

Alle, alle wollen den Frieden.

Unser Genosse Jean Jaures weist in der „Gumanité“ auf das eigentümliche Schauspiel hin, das sich nach dem Friedensschluß zwischen Rußland und Japan abspielt. Alle Souveräne, alle Regierungen erheben sich, so schreibt Jaures, von ihren Thronen oder von ihren Kutschstühlen, um dem Präsidenten Roosevelt zu seinen Erfolgen zu gratulieren. Alle rühmen die Segnungen des Friedens, die Nationalität des Friedens. Der Präsident Roosevelt grüßt den Jaren, den Kaiser von Japan, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, vor allem grüßt er den Frieden. Der König von England,

Der zurzeit eine Kur in Marienbad macht und der sich kurgemäß um 10 Uhr abends zur Ruhe begeben hatte, erhebt sich bei der guten Nachricht eiligst von seinem Lager; der Ruhm des Friedens kann nicht warten und durch den telegraphischen Draht geht dieselbe Friedensschmme von Marienbad nach Petersburg, nach Tokio und nach Washington. Auch der Kaiser von Deutschland, so heißt es dann weiter, ist bei dem Friedensfeste; auch er will den Frieden, lobt und rühmt den Frieden. Er besetzt sich, wenn möglich, der erste zu sein, der den Präsidenten Roosevelts beglückwünscht. Wilhelm II. müsse also, so fährt Jaurès fort, entgegen der bisherigen Auffassung der Öffentlichkeit, seine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Russland in Bjoersjö dazu benutzten, den Paz zum Frieden zu bestimmen. Man könne nun diese Kundgebungen bewerten wie man wolle, sicher sei, daß alle Staatsoberhäupter sich gebungen fühlen, den Frieden zu preisen und zu beschreiben, den Frieden zu wollen und es als eine Ehre betrachten, zur Verwirklichung des Friedens beizutragen. Man könne heute die Menschheit wohl noch zu Schlächtereien führen, nicht aber, ohne den Delzweig vor ihr herzutragen. Und wenn die Menschheit es einmal ablehnt, sich überhaupt zu gegenseitigen Schlächtereien führen zu lassen? — Sodann redet Jaurès wieder, wie schon so oft, einer Annäherung Frankreichs an Deutschland das Wort. Halle Frankreich aufrichtige Freundschaft mit Deutschland, sowie es mit England in Freundschaft verbunden sei, so würde das ein Friedensbündnis sein, der den europäischen Frieden auf immer garantiere. —

Der Patriotismus auf dem französischen Lehrertage.

Paris, 2. September. (Eig. Ber.) Auf dem Lehrertage in Lille hat der linke Flügel der Lehrerschaft einen unterkennbaren Sieg errungen. Am letzten Kongreßtag wurde zunächst über die Aufgaben und Methoden des Geschichtsunterrichts verhandelt. Die „genährigte“ Richtung, die äußerst vorsichtig auftrat und den freiheitlichen Ideen unausgesetzte Verweigungen machte, präsentierte eine Tagesordnung, die die Geschichte als „moralische und politische“ Wissenschaft hinstellte. Als Ziel des Geschichtsunterrichts sollte die Erziehung der Kinder zum Menschen und Staatsbürger anerkannt, für den Unterricht selbst die Parole: „demokratisch, kritisch und praktisch, freidenkerisch, gleichzeitig patriotisch und friedensfreundlich, also wahrhaft menschlich im Sinne der revolutionären Auffassung von 1793“ gewählt werden. Gegenüber diesem aus dem Vortragsbuch des bürgerlichen Individualismus geschöpften Programm vertraten die Sprecher der jüngeren Lehrerschaft das Prinzip des unparteiischen Geschichtsunterrichts und der Kongreß nahm eine Resolution an, worin er erklärt, daß die Geschichte ihren wissenschaftlichen Charakter bewahren müsse und nicht systematisch einem bestimmten sozialen Ideal und einem Kultus von Gefühlen dienen dürfe. Ein ähnliches Ergebnis brachte die folgende Debatte über den „Patriotismus“. Die Gemäßigten hatten in einer Tagesordnung nachstehende Grundsätze vorgelegt: „Die patriotischen Gefühle, die in der Volksschule zu entwickeln sind, sind die eines französischen Bürgers ohne Vorurteil gegen die anderen Nationen, der sich bemüht, den Frieden zu erhalten, aber bereit ist, alle Pflichten zu erfüllen, die die Sicherheit und die Würde dem Lande auferlegen“. Die sozialistischen Lehrer begriffen, daß die Wendung von der „Würde“ das Hintertürchen für die chauvinistische Auffassung des Patriotismus sein sollte, und sie drückten darum ihre Anschauung in einer anderen, präzis gefaßten Resolution aus: „Die französischen Lehrer sind entschiedene Anhänger des Friedens. Sie haben zum Wahlspruch: „Krieg dem Kriege“, aber sie wären darum nicht weniger entschlossen, ihr Land zu verteidigen, sobald es der Gegenstand eines brutalen Angriffs werden würde. Diese Tagesordnung, deren Hauptgedanke sich mit den im internationalen Sozialismus vorherrschenden Ansichten vollkommen deckt, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die reaktionäre Presse ist über dieses Ergebnis des Kongresses sehr verstimmt. So schreibt das „Journal des Débats“: „Der Patriotismus der Lehrer ist nur ein Minimum von Patriotismus. Wohl ist er kein Gemisch reiner Heroik, aber ein Extrakt, zu dem Herr Hervé leicht erkennbare Ingredienzien geliefert hat.“ Uebrigens hat sich auch der radikalsozialistische Unterrichtsminister Venenau Martin eine kleine Demonstration gegen den Kongreß geleistet. Er sollte der Schlußfassung präsidieren, kam aber nicht, sondern ließ sich durch den Direktor des Volksschulwesens vertreten, der den Lehrern einige in Worte gewidelte patriotische Ermahnungen zum besten gab. Sehr schonend, höflich und fast ängstlich, denn vor den Kopf stoßen will man die 115 000 Lehrer vor den Wahlen nicht. Für den Geist der Mehrheit der Lehrer ist auch bezeichnend, daß der Kongreß den Anschluß der Lehrervereinigung an den nach gewerkschaftlichen Prinzipien geleiteten Verband der Staatsbeamten beschlossen hat. —

Italien.

Der Kampf gegen die Niederwerfung des Proletariats durch Gendarmen und Militär soll in Zukunft seitens der sozialistischen Partei systematisch geführt werden. Auf Vorschlag Ferris nahm die Generalversammlung der Arbeiterkammern, die am Sonntag in Mailand tagte, folgende Beschlüsse an: In Rom wird ein ständiges Nationalkomitee gebildet, welches die Aufgabe hat, im Falle von Regierungen, wie die von Gramsciele, sofort große Demonstrationen der Volksmassen und eventuell den Generalstreik in die Wege zu leiten. In der den Beschluß begründenden Resolution heißt es, daß die Bewegungen und Manifestationen des Proletariats, insbesondere die Streiks, die eine Waffe der Arbeiter im Klassenkampf sind, von einer Zentralstelle aus geleitet werden müssen. —

In Mailand sprach am letzten Sonntag der sozialistische Abgeordnete von Catania, der Genosse Defelice, über das Blutbad von Gramsciele. Defelice ist bekanntlich seit Jahren Bürgermeister von Catania, der Hauptstadt des Distrikts, in dem Gramsciele liegt. In seiner Rede erörterte Defelice die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Ursachen der Mordthaten und entwickelte ein Programm, welches von den Sozialisten verfolgt werden müsse, um bessere Zustände auf Sizilien herbeizuführen. Die ganze Strecke zwischen Mesina und Rodica, von Gramsciele bis Vittoria, ein Territorium, auf dem über 800 000 Personen ihre Nahrung finden müßten, gehöre einigen wenigen Personen. Es müsse gefordert werden die Enteignung der Besitztümer, Ueberlösung des Grund und Bodens; ferner Ausdehnung der Zwischenunternehmer, Spekulationen, Verkürzung der Arbeitszeit auf acht, höchstens zehn Stunden, Festsetzung von Beträgen und Förderung aller übrigen Reformen. Alle diese Fragen sollen auf einem demnächst in Catania abzuhaltenden Agrarkongreß verhandelt werden. —

Niederlande.

Internationale militärische Propaganda. Man schreibt und aus Holland: In „Der Tag“ vom 22. August hat der deutsche General beim einen Artikel geschrieben über die militärische Leistungsfähigkeit kleiner Länder. Woher er den Niederlanden und Belgien seine Unzufriedenheit bezeugt hat, weil sie nicht genug für Waffen usw. ausgeben.

Schade, daß der Herr General über Dinge geschrieben hat, wovon er offenbar nichts weiß. So sagt er, die holländische Armee zähle nur: eine Feldarmee von 86 000 Mann, und eine Besatzungsarmee von 15 000 Mann. Der Herr General weiß nicht, daß wir in Holland in dieser Beziehung nicht, wie leider auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung, stillstehen haben.

In 1901 haben wir eine neue Einrichtung des Heeres bekommen, welche sich zunächst im Budget folgendermaßen bemerkbar gemacht hat.

Die Kosten des Heeres betragen in Holland:	
In 1901	22 844 000 Gulden
1902	23 424 000
1903	26 819 000
1904	29 783 000
1905	27 026 000

Und das holländische Heer zählt:

117 000 Mann der Miliz	
50 000	Landwehr
14 000	Freiwillige
Total 181 000 Mann.	

Außerdem haben wir eine Flotte, welche in 1904 17 273 000 fl. kostete. Das sind 44 000 000 Gulden pro Jahr für Militarismus. Mehr als ein Viertel aller Staatseinnahmen!

Hoffentlich wird das dem Herrn General genug sein. Und wäre es unverhofft nicht so, er kann ruhig sein. Die holländischen Militäristen sind rührig und es wird ihnen wohl gelingen, das holländische Volk noch mehr zu schröpfen. —

Schweden.

Kein Schwedenprinz auf Norwegens Thron? Die Nachrichten, daß in schwedischen Hofkreisen neuerdings starke Sympathien für das Angebot des norwegischen Störchings vorhanden sein sollten, werden von der konservativen Presse als durchaus grundlos bezeichnet. „Morgensposten“ bemerkt, daß nichts geschehen sei, was die Ansicht des Königs über diese Frage verändern konnte. Allerdings gibt das Blatt dann zu verstehen, daß, falls der Reichstag den Wunsch äußern sollte, der König wohl doch darauf eingehen werde. Es ist also offenbar nicht allzu viel auf jenes Dementi zu geben. Es sieht doch auch viel schöner aus, wenn der König schließlich schwermütig dem Drängen der schwedischen „Volksvertretung“ nachgebend, seine Zustimmung dazu gibt, daß ein Prinz aus seinem Hause den Versuch mache, den norwegischen Löwen zu zähmen, der ihn selbst aus dem Sattel geworfen hat. —

Afrika.

Die Unsicherheit in Marokko.

Tanger, 5. September. (Meldung des „Neueren Bureaus“.) Die Leute Marokkos nahmen gestern Ekel und Mauthiere fort, die von Leuten aus dem Angeraberg zu Marokko getrieben wurden, um so für die geführten gegen sie verübten Ausschreitungen Wiedervergeltung zu üben. Die Geschäftsträger der fremden Mächte lenkten die Aufmerksamkeit der marokkanischen Regierung auf diese Ereignisse und die im Staate herrschende Unsicherheit. Eine starke Truppenmacht ist zur Verstärkung der Garnison von Tanger herangezogen worden.

Amerika.

Sozialdemokraten in der Politik. In der Staatslegislatur von Wisconsin wie im Stadtrat von Milwaukee, Wisconsin, machen sich die Sozialdemokraten, die letzten November in beide Körperschaften gewählt wurden, sehr bemerkbar. Zum großen Mißvergnügen der alten Parteien lassen die Sozialdemokraten keine Gelegenheit vorbeigehen, die sozialistischen Grundzüge zu propagieren und auf jede herrschende Korruption hinzuweisen. Im Stadtrat von Milwaukee sitzen neun Vertreter der Partei, die den Politikern, welche „des Geschäftes wegen“ sich als Stadtväter wählen ließen, schon manchen Strich durch die Rechnung machten. Es ist eine allbekannte Methode, daß die Stadtväter aus dem Verkauf ihrer Stimmen viel Geld ziehen. Die Gesellschaften für Straßenbahnen, Beleuchtung, Wasser, Schiffsahrt usw. laufen sich die Stimmen, welche sie brauchen, um bestimmte Vorteile zu erringen oder Nachteile abzuwehren. Der Stadtrat von Milwaukee genießt neben diesen anderen einen sehr schlechten Ruf und ist als korrupt bekannt. Die Sozialdemokraten sind nicht mächtig genug, die Korruption auszurotten; sie müssen sich häufig begnügen, ihre Kollegen im Stadtrat als Vorkämpfer bloßzustellen. Dennoch klagen die alten Politiker, daß ihnen diese neun Männer das ganze Geschäft verderben. Republikaner und Demokraten verbinden sich oftmals, um gemeinsam die Sozialdemokraten zu attackieren. Diese folgen bei ihren Abstimmungen immer den Anweisungen der Partei in Milwaukee und legen über ihre Tätigkeit Bericht ab vor den Parteiversammlungen. Diese strenge Kontrolle und Abhängigkeit von ihrer Partei kennen die republikanischen und demokratischen Politiker nicht. Bei manchen Vorlagen im Stadtrat, z. B. bei Anleihen, ist eine Dreiviertel-Majorität notwendig, und da zählen auch die neun Stimmen der Sozialdemokraten, die kraft ihres schlichten Vorgehens gelegentlich einige Unterstützung gewinnen. So gelang es kürzlich, eine Veränderung der Stadtasse um 200 000 Dollar durch die Straßenbahn-Gesellschaft abzuwehren, indem 18 Stimmen, darunter die 9 sozialdemokratischen, dagegen waren. —

Gegen Tammany Hall. Die Republikaner der Stadt New York haben sich mit den kleineren Bürgerparteien verbunden, um gemeinsam gegen Tammany bei der nächsten Wahl im November vorzugehen. Als leitende Wahlparole, womit man bei den Wählern großen Eindruck zu machen hofft, soll die Verstaatlichung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen gelten. Diese Forderung wird sonst mit Vorliebe von den Demokraten vertreten. Tammany dürfte aber mit einer solchen Forderung nicht kommen, ohne die ganze Bürgerschaft mißtrauisch zu machen.

Die Revolution in Rußland.

(Offizielle Meldung.)

Vladivostok, 4. September. Als am Sonnabendabend in den Waffen einberufene Reservisten zum Bahnhof marschierten, fürzte sich eine große Volksmenge auf die Mannschaften, die die Reservisten geleiteten und forderte die Reservisten auf, sich der Beförderung zu widersetzen. Als Kofaten gegen die Menge vorgehen und sie auseinander trieben, wurde ein Dragoneroffizier durch einen Steinwurf verletzt, und aus einem nahen Hause wurden Schüsse gegen die Truppen abgegeben. Die Kofaten erwiderten das Feuer und stürmten schließlich das Haus. Acht Personen wurden verwundet, eine davon ist inzwischen gestorben; ein Polizeibeamter wurde getötet und ein Soldat verwundet. 122 Personen wurden verhaftet. Die Ordnung ist in der Stadt wieder hergestellt, die Fabriken sind in Tätigkeit.

Risikow, 4. September. Heute sollte hier eine arme Frau, namens Leia Perkmann, die von Sagabunden getötet war, beerdigt werden. Eine große Volksmenge, bestehend aus Juden und russischen Arbeitern, gab der Toten das Geleit. Plötzlich ertönten Schüsse, und es erschienen Polizeibeamte und Dragoner mit blanker Waffe. Der Leichnam wurde mitten auf die Straße geworfen, dann aber von der Menge fortgeschafft. Zahlreiche Personen erlitten durch Stöße und Säbelstiche sowie Schußwunden. Den Zeitungsberichterstattern wurde von der Polizei der Zutritt verweigert. Polizeibeamte schafften die Verwundeten ins Krankenhaus, dem Publikum wurde nicht gestattet, die Verwundeten zu geleiten. Das jüdische Krankenhaus wurde von Truppen umzingelt. 50 Personen wurden verhaftet. Die Menge zerstreute sich in größter Eile. Am Polizeigebäude und am israelitischen Hospital stehen die Angehörigen und Freunde der Verhafteten und der Verwundeten, um das Schicksal derselben zu erfahren. Gegen Abend legte sich die Anstrengung in der Stadt. Die Hauptpunkte sind von Patroniken besetzt. Ueber die Gesamtzahl der Verwundeten liegen noch keine Mitteilungen vor.

Petersburg, 5. September. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Das oberste Kriegsgericht gab dem Kassationsgesuche des von dem Kriegsgericht in Wlana wegen Mordversuchs auf den Polizeikommissar von Dänaburg zum Tode verurteilten neunzehnjährigen Israel Perkmann nicht statt. Es entschied, daß die Verurteilung dem Kommandanten des Wlanaer Militärdistrikts zu unterbreiten sei.

Aus der Partei.

Ein Schnellheitsrekord. In der „Leipziger Volkszeitung“ findet sich im „Briefkasten der Redaktion“ folgende Notiz: Aus dem Rheinland. Wir möchten vom Abdruck Ihrer an sich sehr treffenden Zurückweisung des J. M.-Artikels im gestrigen „Vorwärts“ absehen, da wir im Gegensatz zum Zentralorgan bestrebt sind, die Parteipolemik in möglichst engen Grenzen zu halten. Besten Gruß.

Diese Notiz steht in der Nr. 203 vom 2. September, ist also spätestens am 2. September mittags geschrieben, da der Druck der „Leipziger Volkszeitung“ am frühen Nachmittag beginnt. Der Artikel des „Vorwärts“, von dem darin die Rede ist, steht in Nr. 204 des „Vorwärts“ vom 1. September. Diese Nummer ist frühestens am 1. September abends gegen 7 Uhr im Rheinlande. Es hat also ein Leser im Rheinlande bereits auf den Artikel des „Vorwärts“ gewartet, hat sich mit der im Journalismus üblichen Eile augenblicklich und ohne Besinnen an die Erörterung herangemacht und sie noch tintennah dem gleich danach abgehenden Flugzeug anvertraut, damit sie noch Sonnabendvormittag in Leipzig eintreffen konnte. Von einem „Nachhinken“ in der Parteipolemik kann man da gewiß nicht reden.

Der Parteitag für die Provinz Ostpreußen findet am 10. September in Königsberg statt.

Eine Kreisversammlung für den Reichstagswahlkreis Hof tagte am Sonntag im Linderhofsaale in Hof. Vertreten waren 31 Orte durch 78 Delegierte, außerdem Genosse Simon vom nordbayerischen Gauvorsitz, die Mitglieder der Prekominmission, sowie Verleger und Redaktoren. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um den Ausfall der letzten Reichstagswahl im heurigen Februar. Aufseits kam zum Ausdruck, daß unsere Genossen infolge des unruhigen Verschwindens des seitherigen Reichstagsabgeordneten Münchberger sich allzu großen Siegeshoffnungen hingaben, insbesondere die gegnerische Organisation, deren Ausgestaltung sich diese besonders angelegen sein ließen, unterschätzten und besonders dem Umstande, daß die Gegner bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1908 sich selbst gegenständig in den Gauen lagen, während sie diesmal, nachdem das eskalante terribile Münchberger von der Widschläge verschwinden, geschlossen vorgehen, nicht die genügende Beachtung geschenkt wurde. Andererseits läßt unsere Organisation sehr viel zu wünschen übrig, zählte doch der ganze Kreis nur 1820 politisch organisierte Parteigliedrige bei 10 800 abgegebenen Stimmen. Im Bezirksamt Raita, das unsern Kandidaten 1415 Stimmen brachte, haben wir beispielsweise nicht einen einzigen organisierten Genossen zu verzeichnen. Das gleiche gilt auch bezüglich der Presse; obwohl diese in finanzieller Hinsicht als gesichert dasteht, läßt doch die Verbreitung noch vieles zu wünschen übrig.

Um nun für die Zukunft bessere Resultate zu erzielen, um insbesondere die Agitation und Organisation intensiver zu betreiben, wurde die Gründung eines Zentral-Wahlvereins für den ganzen Wahlkreis beschlossen und ein Komitee hierzu eingesetzt, das sofort nach dem Jenaer Parteitag das Nötige veranlassen soll, um die neue Organisationsform möglichst in diesem Jahre noch in Kraft treten zu lassen.

Der mecklenburgische Landesparteitag, der am Sonntag und Montag in U l h e a tagte, beschloß, daß die Kandidaten zum Reichstagswahltag in den mecklenburgischen Kreisen der Befähigung durch den Landesparteitag bedürfen.

Soziales.

Landarbeitersleben.

Vom Jahre 1904 wird uns vom Landgut Liffowo bei Galdenhof, Kreis Hohenfelde, ein Jahresbudget einer Landarbeiterfamilie zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Die Familie bestand aus Ehemann, dessen Frau, drei Kindern unter sechs Jahren, dem Vater und Bruder des Ehemanns. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang für gewöhnlich von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Zur Arbeit waren nur die drei Männer verpflichtet.

Als Lohn wurden bezahlt für den Ehemann 90 M. jährlich, für den Vater (über 60 Jahre) 0,50 M. pro Tag, für den Sohn (18 Jahre) 0,40 M. pro Tag.

Als Deputat erhielt die ganze Familie insgesamt: 16 Scheffel Roggen, 8 Scheffel Gerste, 4 Scheffel Erbsen, 2 Morgen Kartoffel-land, 20 Zentner Kohlen, eine Kasser Holz.

Von der Vereinnahmung wurden abgezogen an Kirchensteuer 1,56 M., für Anpflasterung der Landstraße 2,40 M., Schulsteuer 6,00 M.

Als Wohnraum diente eine Stube und Kammer für alle Personen. Die Kammer besaß ein Fenster von etwa einem halben Meter, die Stube ein solches von etwa einem Meter Breite. Den Fußboden bildete eine Lehmfläche. An und für sich war die Wohnung feucht und dumpfig. Im Winter lief das Wasser von den Wänden. Der Lohn wurde in Zeitabschnitten von zick acht Wochen ausgezahlt. Deputat wurde vierteljährlich des Sonntags ausgezahlt.

Um ein Urteil über das Gesamteinkommen der Familie zu gewinnen, muß man zunächst das Deputat in Geld umrechnen. Dafür kann man nur ungefähre Größen einstellen. Die 16 Scheffel Getreide und Erbsen dürften mit etwa 250 bis 280 M. zu berechnen sein; die zwei Morgen Kartoffeln (nach dem Durchschnittsertrage für die Provinz Posen im Jahre 1904 mit etwa 80 Zentnern ausgezogen) ergeben also auch etwa 200 M. Bei den Kartoffeln muß man jedoch Ausaat und Kosten oder Arbeit der Bestellung und Ernte abziehen, so daß für die Arbeit des Ehemannes in bar und Naturalien, abgesehen vom Heizungsmaterial, nur etwa reichlich 500 M. herauskommen, eine Summe, von der Mann, Frau und drei Kinder unmöglich leben können. Nun sind aber da noch der 60jährige Vater und der 18jährige Sohn. Selbst unter der ganz unmöglichen Voraussetzung, daß sie den Lohn von 50, bezw. 40 M. pro Tag für jeden Tag im Jahre bekämen, wäre es unmöglich, dafür die notwendige Nahrung zu beschaffen. Sie sind also noch auf die Naturalien des Ehemannes angewiesen. Rechnet man 300 Arbeitstage jährlich für jeden, dann kommen noch 270 M. zu der Einnahme des Ehemannes, so kommt bestenfalls eine Gesamteinnahme von 800 M. heraus für vier Erwachsene und drei Kinder. Wie soll es möglich sein, diese Familie von solchen Einkommen zu füttern! Wo bleiben aber die Ausgaben für Kleidung und Wirtschaftsgüter? An geistige Bedürfnisse bei einem Landarbeiter zu denken, erscheint ja wohl unseren Agrariern als ein Frevel an der gottgewollten Ordnung. Sie sehen im Landarbeiter weniger als ein Tier, denn die Tiere in ihrem Stalle füttern sie wenigstens ausreichend. Sicher sind auch die Viehställe geräumiger und besser als die „Wohnung“, die den sieben Menschen zur Verfügung gestellt ist.

Ruhmst geht zur Milch.

In etwas humoristischer Form kam eine sehr ernste Sache zur Sprache auf der Tagung des Verbandes deutscher Milchhändler in Magdeburg. Man verhandelte über die Frage der Milchverunreinigung und ihrer Verhütung. Dazu sprach unter anderen Professor Schloßmann unter dem Gesichtspunkte, daß die Milch leicht den Geruch und Geschmack von anderen Dingen annehme, in deren Nähe sie aufbewahrt wird. Darüber hat Professor Schloßmann Versuche angestellt. Er hat völlig gereinigte Milch anderen Personen zu trinken gegeben, ohne daß sie von den mit der Milch vorgenommenen Prozeduren Kenntnis hatten. Darauf erklärten ihm diese Personen, es schmecke etwas an dem richtigen Milchgeschmack. Nachdem dann Herr Schloßmann ein kleines Körnchen Kuhdung in die Milch getan hatte, da sagten die Versuchspersonen: Ja, das ist der richtige Milchgeschmack. Professor Schloßmann zieht daraus den Schluß, wir seien durch Generationen hindurch so an die verunreinigte Milch gewöhnt, daß wir gar nicht wissen, wie reine Milch schmecken muß; wir halten den Milchgeschmack für den richtigen Milchgeschmack. So geht es uns wahrscheinlich mit vielen Nahrungs- und Genussmitteln. Da ist noch eine große Kulturarbeit zu leisten, die wahrscheinlich nur der Großbetrieb leisten kann.

Entlassung oder Freistellung der Arbeitniederlegung. Der Korbmacher S. verlangte durch Klage beim Berliner Gewerbegericht von dem Korbmachermeister Franke eine vierzehntägige Lohnentschädigung wegen unredlicher Entlassung. Anlässlich von Differenzen hatte der Beklagte nach einer Zeugnisaussage zu einigen Leuten, darunter dem Kläger, gesagt: „Ich habe schon längst ge-

merkt, daß etwas los ist; wenn es Euch nicht gefällt, könnt Ihr gleich aufhören." Ein Junge sagte das als Entlassung auf, ein anderer Junge meinte dagegen, es habe wohl keine direkte Entlassung sein sollen. Die Kammer 4 unter Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schöckel wies die Klage ab und führte aus: Man müsse unterscheiden zwischen gehen können und gehen sollen. Nach Ansicht des Gerichts sei mit den Worten: "Wenn es Euch nicht gefällt, könnt Ihr gleich aufhören", nur gemeint, es stehe den Leuten frei, gleich aufzuhören, nicht aber, daß sie aufhören sollten.

Ein wichtiger Grund. Der Werkmeister K. hatte den Anforderungen seines Arbeitgebers Möbke nicht entsprochen, er wurde deshalb aufgefordert, nunmehr in Afford zu arbeiten. K. wollte sich diese Degradation nicht gefallen lassen. Er hörte auf und verlangte A. auf Zahlung einer Entschädigung für die Zeit bis zum Quartalsende. Das Gewerbegericht wies die Klage mit folgender Begründung ab: Es sei durch die Beweiserhebung festgestellt, daß Kläger in der Geschäftszeit mit anderen trinken gegangen sei und daß eine außerordentliche Bummelerei eintrifft und die Lieferungsfristen infolge dessen nicht mehr hätten innegehalten werden können. Das sei bei einem Werkmeister ein wichtiger Grund, der zur Lösung des Vermeisterverhältnisses berechtige. Beklagter habe deshalb mit Recht eine Kündigung einreden lassen, indem er K. auf Afford stellte.

Aus Industrie und Handel.

Internationaler Eisenmarkt. Die Mattigkeit auf dem Eisenmarkt, die noch vor einiger Zeit bemerkbar war, hat im Juli und August einer steigenden Lebhaftigkeit Platz gemacht. Vor allem waren es die Vereinigten Staaten von Amerika, in denen nach der Zurückhaltung der Eisenverbrauchenden Industrien im Hochsommer in der letzten Zeit die Nachfrage eine kräftige Belebung erfuhr. Hauptächlich waren die Eisenbahnen starke Abnehmer. Aus allen Teilen des Landes, auch vom Kontinent, ließen umfangreiche Aufträge ein, die zu lohnenden Preisen und mit längeren Lieferfristen abgeschlossen wurden, weil die Werke schon auf lange Zeit hinaus voll beschäftigt waren. Das Nachlassen der amerikanischen Konjunktur auf dem Weltmarkt wirkte in Deutschland mit dem gesteigerten Bedarf zusammen, um eine weitere Kräftigung des Beschäftigungsgrades zu begünstigen. Die Vorräte gingen zurück, der Bergbau nahm zu und die Beteiligungsziffer der im Stahlwerksverbände syndizierten Werke konnte trotz Erhöhung im Juli noch um 2,03 Proz. von der tatsächlichen Erzeugung überstiegen werden.

Gleich günstig wie in diesen beiden Hauptproduktionsländern hat sich die Geschäftslage in der englischen Eisenindustrie entwickelt. Die Produktion nahm erheblich zu: im laufenden Juli waren 822 Hochöfen unter Feuer gegen 801 im Juli 1904. In allen Branchen des Eisengewerbes nahm die Arbeitslosigkeit mehr oder minder stark ab. Der Beschäftigungsgrad in einer bestimmten Anzahl großer Eisen- und Stahlwerke wies eine Zunahme der Beschäftigten von 9,8 Proz. gegenüber dem Vorjahre auf. In der Zinn- und Bleiarbeit waren im Juli 1905 50 Werke mehr in Betrieb als in der Vergleichszeit 1904. Auch im Maschinen- und Schiffbau nahm die Beschäftigungsziffer zu. Die Zahl der Arbeitslosen stellte sich im Maschinenbau auf 4,8 gegen 5,1 im Juni und 6,7 Proz. im vorjährigen Juli. In der Kesselplattenfabrikation wurden Betriebserweiterungen vorgenommen; in der Schiffplattenindustrie fanden vielfach Lohn erhöhungen statt.

Welternte. Das ungarische Ackerbauministerium veröffentlicht die diesjährige Schätzung der Welternte. Danach dürfte der Welt-ertrag an Weizen kaum von dem des Vorjahres abweichen; der Roggen-ertrag wird wegen der schwachen russischen Ernte wenigstens um 10 Proz. geringer angenommen. Der Gerstenertrag ist etwas, der Haferertrag bedeutend schwächer. Der Ertrag an Mais ist infolge der erheblichen amerikanischen Ernte größer als im Vorjahre, obwohl der Ertrag in den europäischen Staaten auch in diesem Jahre einen großen Anstieg zeigt. Die Ausichten für die Kartoffelernte sind hinreichend befriedigend. Die Zifferangaben über die Welternte sollen heute Abend zur Veröffentlichung gelangen.

Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft. Die Aktiendeckelung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft, die vor einiger Zeit die Börse in Aufregung versetzten, finden nachträglich ihre Erklärung, und zwar handelt es sich, wie schon damals vermutet wurde, um eine Fusion. Nach einer Mitteilung der "Nationalitz." ist es das Steinkohlenbergwerk Nordkern, das von der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft übernommen wird. Die erstere Gesellschaft, welche zu den bestrentierendsten Betrieben des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers gehört, verfügt über ein Aktienkapital von 20 Millionen Mark. Die Gesellschaft hat ferner drei Hypothekenanleihen im Gesamtbetrag von 7 750 000 M. ausgegeben. Die Dividenden betragen in den drei letzten Jahren 20, 20 und 16 Proz. Das Aktienkapital von Deutsch-Luxemburg beträgt 24 175 000 M. Außerdem sind circa 16 Millionen Hypothekenanleihen vorhanden. Die erste Dividende seit seiner Sanierung im vorigen Jahr betrug 8 Proz. Der Erwerb der Nordkern durch das Luxemburger Werk bedeutet einen gewaltigen Schritt vorwärts auf dem Wege der Vereinigung von Kohle, Hüttenbetrieb und Erzbergwerk.

Gewerkchaftliches.

Ein Steinwurf aus dem Glashause.

Auf der Tagung der Deutschen Mittelstandsvereinigung zu Frankfurt a. M. bracht es Herr Oberstabschef Kahardt aus Berlin fertig, gegen die Koalitionsfreiheit zu hegen in Wendungen, die er sich lieber hätte verneinen sollen. Er nannte die Koalitionsfreiheit eine „Koalitionsfreiheit“ und verlangte eine bedeutende Verschärfung der Bestimmungen gegen den Terrorismus — der angeblich an Arbeitswilligen wie Unternehmern geübt werde.

Dah Herr Kahardt das Koalitionsrecht der Arbeiter etwas Unangenehmes ist, brauchte er nicht besonders zu betonen. Wir nehmen ihm auch nicht übel, daß er in dieser Beziehung aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. Aber vom Terrorismus der Arbeiter sollte er mit mehr Vorsicht sprechen. Vor dem Bureau des Berliner Innungs-Arbeitsnachweises der Tischler hat unter den Augen des Herrn Kahardt ein wegen Körperverletzung vorbeistrasster Angestellter dieses Bureau in schlimmster Weise gegen organisierte Arbeiter gewütet. Wenn es wahr ist, daß Herr Kahardt aus ethischen Gründen dem Terrorismus zu Leibe will, dann hätte er also die Forderung nach einem Schutz für organisierte Arbeiter mit demselben Brutto der Ueberzeugung stellen müssen.

Das ist ihm nicht eingefallen. Warum sollte er auch? Als Oberscharfmacher führt er keinen Kampf für höhere Ethik, sondern einen solchen mit dem wirtschaftlichen Gegner. Er sollte aber ehrlich genug sein, das auch zuzugestehen; ansonsten treffen seine Anwürfe das eigene Haus und fallen vor dem Gegner ungefährlich nieder!

Berlin und Umgegend.

Die Weißgerber und Färber haben am 1. September ihren Tarif geändert. Unter den jetzt aufgestellten Forderungen steht der Reinstundenlohn oben. Für Akkordarbeit wird ein Aufschlag bis zu 25 Proz. gefordert, während der Stundenlohn von 41 Pf. auf 47 1/2 Pf. erhöht werden soll. Die Forderung des Reinstundenlohnes ist eine alte, sie wurde schon vor 6 Jahren gestellt. Damals wurde sie zurückgewiesen mit der Begründung, daß die Existenz der Betriebe

in Frage gestellt würde. Auch die Erhöhung der Löhne hat bei den früheren Lohnbewegungen insbesondere bei dem letzten Tarifabschlusse, nur eine kaum neimenwerte Aufbesserung erfahren. Diesmal liegt die Situation für die Arbeiter außerordentlich günstig. Der Geschäftsgang in der Glaeslebergerberei ist ein derartiger, wie er lange nicht zu verzeichnen war. Die vorhandenen Arbeitskräfte reichen kaum aus, die Arbeiten zu bewältigen, dazu kommt, daß die Organisation fest geschlossen ist. Stehen die Arbeiter unerschütterlich zusammen, so ist diesmal die Gewähr vorhanden, daß die gestellten Forderungen bewilligt werden müssen. Die Arbeiter sind diesmal nicht geneigt, sich wie vor drei Jahren mit schönen Redensarten abweisen zu lassen, sondern sind geneigt, im Falle der Ablehnung der Forderungen durch Arbeitseinstellung die Bewilligung derselben zu erzwingen.

Deutsches Reich.

Die Weber und Spulerrinnen der Segeltuch-Weberei von Fröblich u. Wolf zu Kassel sind nach einem und von dort zugegangenen Privattelegramm, seit gestern ausgesperrt. Es handelt sich um 170 Personen. Ursache der Aussperrung ist die Mahnung des Verbandsfaktors. Als seine Kollegen wegen Zurücknahme der Entlassung vorstellig wurden, erfolgte seitens des Direktors die Stilllegung des Betriebes. Mit den Worten: „Ihr verfluchten Hunde raus!“ setzte er die Arbeiter vor die Tür. — Zugut ist fernzuhalten.

Der Rührer Dachdecker- und Bauleistungsverein ging am Montag nach fünfjähriger Dauer zu Ende. Zwischen dem Dachdecker- und dem Metallarbeiter-Verbande auf der einen und dem Unternehmer-Verbande auf der anderen Seite kam eine Einigung zustande. Bei den Verhandlungen wurde der „christliche“ Verband nicht zugelassen, erstens wegen seines streifbroscherischen Verhaltens zu Beginn des Ausstandes, zweitens wegen seiner verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl. Auf Grund der Abmachungen dauert die Arbeitszeit vorläufig 9 1/2 Stunden. Sie verringert sich auf 9 Stunden, sobald für die Maurer und Zimmerleute eine Arbeitszeitverkürzung eintritt. Der Lohn ist für die ersten beiden Jahre nach Beendeter Lehrzeit 40 bzw. 45 Pf., von dann an für selbstständig arbeitende Gesellen mindestens 52 Pf. Die diesen Lohn schon hatten, erhalten 6 Proz. Zuschlag. Ueberstunden werden mit 20, Turnarbeiten mit 40 Proz. Zuschlag vergütet. Der Tarif gilt bis 1. Mai 1907. Ueber Tarifverträge entscheidet eine gemeinsame Kommission.

Die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter in Apolda ist in überraschend kurzer Zeit zu einem friedlichen Abschluß gebracht worden. Nachdem der von der organisierten Arbeiterschaft ausgesprochene Boykott bereits in den ersten Tagen eine empfindliche Wirkung ausübte, hat es die Direktion der Apoldaer Vereinsbrauerei A.-G. vorgezogen, sich mit ihren Arbeitern zu verständigen. Dem abgeschlossenen Vergleich hat eine am 3. September in Apolda stattgefundene Versammlung des Verbandes der Brauereiarbeiter, der Vertreter des Gewerkschaftsartikels und der Vorstände der einzelnen Gewerkschaften einmütig zugestimmt. Nach dem Abkommen sind die vom 5. September 1905 an gezahlten Löhne im Durchschnitt um 3 M. höher wie im Frühjahr dieses Jahres. Die Arbeitszeit ist um eine Stunde verkürzt, und zwar von 11 auf 10 Stunden. Ueberstunden werden mit dem anderthalbfachen Betrage des Lohnjahres vergütet. Das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft wird in vollem Umfange anerkannt. Die weitergehenden Forderungen werden bis auf spätere Zeit zurückgestellt. Der Boykott wird sofort aufgehoben.

Zur Gründung der Zigarettenarbeiter-Genossenschaft in Dresden. Der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ist folgende Erklärung zugegangen:

In letzter Zeit sind an das unterzeichnete Gewerkschafts-kartell sowie an den Vertrauensmann des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wiederholt Anfragen gekommen, die sich mit der Gründung der Zigarettenarbeiter-Genossenschaft betreffen. Die Unterzeichneten erklären nun, daß weder das Gewerkschaftskartell, noch der Deutsche Tabakarbeiter-Verband mit obiger Gründung irgend etwas zu tun haben. Die Gründung ist ein privates, von den noch ausgesperrten Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigaretten-Industrie geplantes Unternehmen. Das Gewerkschaftskartell Dresden, Otto Streine, 1. Vorsitzender. Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Richard Ullig, Vertrauensmann.

Tischlerstreik in den Unterweserorten.

Die Tischler der Unterweser haben ihren Unternehmern eine Anzahl Forderungen unterbreitet. Sie erhielten darauf folgende Antwort:

Bremerhaven, den 1. September 1905.

An den Holzarbeiterverband

Zahlstelle Bremerhaven.

Auf Ihre Eingabe vom 29. August d. J. erwidern wir, daß der unterzeichnete Vorstand sich bereits im Juni d. J. darüber klar geworden ist, daß am 1. Januar n. J. den sämtlichen Arbeitnehmern aus den unseren Verbände angeschlossenen Gewerkschaften eine Lohn-erhöhung zuteil werden soll.

Um hierüber einen bestimmten Beschluß herbeiführen zu können, ist zunächst eine Versammlung der Gruppe Tischlermeister erforderlich, deren Beschluß wiederum der Zustimmung der Hauptversammlung unseres Verbandes unterliegt.

Das läßt sich selbstverständlich in der von Ihnen gewünschten kurzen Frist nicht erledigen.

Wir sind aber bereit, in nächster Zeit die Gruppe Tischlermeister zu einer Beratung über ihre Anträge zusammenzurufen und werden Ihnen bis zum 10. d. Mts. das Resultat dieser Versammlungen mitteilen.

Der Vorstand

des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe an der Unterweser, Wd. Ansdorf, Vorsitzender.

Da die Tischler keine Lust haben, auf die Erfüllung ihrer Forderungen und berechtigten Wünsche bis zum St. Kimmereinstag zu warten, an dem vielleicht die Befragung des Instanzenweges innerhalb des Arbeitgeberverbandes zu Ende kommen könnte, haben sie am Montag morgen die Arbeit niedergelegt. Bis jetzt streiken 70—80 Mann in neun Betrieben.

Ausland.

Amerikanische Kriegskrisen auf dem sozialen Kampfbah.

Im amerikanischen Kohlenbergbau steht demnächst einer der schwersten wirtschaftlichen Kämpfe bevor, welche die Keuzzeit je gesehen hat. Der Kohlenreichtum hat 400 Millionen Tonnen Kohlen als Reserve für den großen Ausbruch der Kohlenbergleute aufgespeichert, dessen Ausbruch in den nächsten Monaten bei Ablauf des Lohnabkommens von 1902 erwartet wird. Allgemein wird der Ausbruch als unabwendbar betrachtet. Die Gewerkschaft der Kohlenbergleute verfügt über Gelder im Betrage von acht Millionen Mark. Die Arbeiter verlangen den Achtstundentag und Anerkennung ihres Verbandes.

Versammlungen.

Eine Agitation größeren Stils unter den Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen

wird gegenwärtig vom Verband der Schneider in die Wege geleitet. Um die Konfektionsarbeiter und hier vor allem wieder die große Zahl der Heimarbeiter und Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, ist für die verschiedenen Stadtbezirke Berlins die Abhaltung einer Reihe von Versammlungen geplant, in denen die Genossin Frau Lili Braun über die Not der Konfektionsarbeiter und deren Abhilfe sprechen wird. Die erste dieser Versammlungen fand am Montagabend in Graumanns Saal, Rammstr. 27, statt. Sie war verhältnismäßig gut besucht; besonders Frauen hatten

sich zahlreich eingefunden und alle lauschten dem ausgezeichneten Vortrage der Genossin Braun unter lautloser Stille. Anknüpfend an die jüngsten Auslassungen des Handelsministers Müller von den auf das Doppelte gesteigerten Löhnen der Arbeiter, durch welche die Arbeiter so anpruchsvoll geworden seien, daß sie sich nicht einmal mehr mit der in Polen üblichen zweimal wöchentlichen Fleischmahlung begnügen wollten und deshalb unberechtigterweise über Fleischnot lamentierten, ging die Referentin auf die überaus traurige Lage der für die Konfektionsäre tätigen Lohnsklaven ein. Recht anschaulich führte sie den Anwesenden das Wesen und die vollstverwiltende Wirkung der Heimarbeiter vor Augen, wie sie aus unserem heutigen kapitalistischen Wirtschafts- und Ausbeutungssystem resultieren. Seit dem großen Konfektionsarbeiterstreik seien die erbärmlichen Lohn-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse dieser Arbeiterkategorie zwar allgemein bekannt, doch rühre sich in Regierungskreisen keine Hand, um hier ernsthaft Abhilfe zu schaffen. Ja die gesetzlichen Schutzbestimmungen wurden durch Ministerial-erlasse zum Teil einfach außer Kraft gesetzt, zum anderen Teil von den Arbeitgebern umgangen. Wenn auch die Gewerbeinspektoren einen Mindestlohn von 11,65 M. pro Woche für jede alleinlebende Arbeiterin als das allerunterste Maß zur Festsetzung des Lebensunterhaltes bezeichnen, so dächten weder die Arbeitgeber noch die Regierung daran, der Arbeiterin dieses notwendige Mindestmaß an Einnahme zu sichern. Im Gegenteil seien Jahresverdienste von 200 bis 300 M. mehr Regel wie Ausnahme. Unter kritischer Würdigung dieser Löhne und deren wirtschaftlichen Folgen schilderte die Rednerin alsdann in wahrhaft ergreifender Weise das soziale Elend der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen und forderte zum Schluß in begeisterten Worten zum Anschluß und zur Stärkung der Organisation auf, durch die es nur allein möglich sei, Abhilfe zu schaffen. Der Vortrag wurde mit wiederholtem lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach beendeter Diskussion erklärten eine Reihe der Anwesenden ihren Beitritt zur Organisation.

Der Arbeiter-Sängerbund hatte zum 3. September eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Der Besuch dieser Versammlung war gut; galt es doch eine Frage zu erledigen, die in den Kreisen des Bundes schon viel Streitigkeiten hervorgerufen hatte. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme der Bundesvereine zur Mitwirkung bei Parteifestlichkeiten. Auf Grund eines Antrages, welcher dem Vorstande mit zehn Unterschriften gezeichnet zugegangen war, war diese Versammlung einberufen. Bei Eröffnung der Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß demselben kurz vorher die Mitteilung gemacht wurde, eine Unterschrift zu dem Antrage wäre zu unrecht auf denselben gekommen. Dem Verein „Sangeslust“ (Tempelhof) wäre nicht bekannt, einen diesbezüglichen Antrag gestellt zu haben; der Vertreter desselben hätte seine Unterschrift, ohne den Verein davon in Kenntnis gesetzt zu haben, gegeben. Der Verein selbst protestierte dagegen. Bei dieser Bekanntgabe entstand große Unruhe. Da auf Grund des Statuts dem Vorstande dadurch die Berechtigung genommen war, die Versammlung stattfinden zu lassen, so überließ der Vorsitzende der Versammlung die Entscheidung.

Ein Antrag auf Schluß der Versammlung, wurde in der ausgiebigsten Weise besprochen. Der Vorsitzende des Vereins „Sangeslust“ (Tempelhof) bestätigte die Bekanntgabe und bemerkte, daß kein Verein in dieser Frage nicht entschieden habe, im übrigen aber auf dem Boden des Bundesbeschlusses stehe. Der Vertreter des Vereins, welcher den Antrag unterzeichnet hat, ist in der Versammlung nicht anwesend. Die Antragsteller traten alle für Fortsetzung der Versammlung ein, um endlich in dieser Frage eine Aussprache herbeizuführen. Die Gegner des Antrages protestierten auf Grund des Statuts gegen die Fortsetzung der Versammlung und drangen auf Schluß. Es wurde nun eine Abstimmung vorgenommen; es haben sich für Fortsetzung der Versammlung 177, dagegen 403 entschieden. Die Versammlung wurde nun geschlossen und wird die Frage in der nächsten Generalversammlung entschieden werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gegen die Fleischnot.

Dresden, 5. September. (W. T. B.) Der Stadtrat von Dresden beschloß in der heutigen Sitzung, um der Fleischteuerung zu steuern, bei der Staats- und Reichsregierung zu beantragen, daß die Einfuhr von Schweinen aus den Nachbarländern Dänemark und Frankreich mögliche Erleichterung erfahre.

Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Portsmouth, (New Hampshire), 5. September. (W. T. B.) Der Friedensvertrag ist heute nachmittags 3 Uhr 52 Minuten unterzeichnet worden. Wille unterzeichnete den Vertrag zuerst, dann Komura.

Wilhelmshaven, 5. September. (W. T. B.) Sämtliche Schiffe der aktiven Schlachtflotte haben den Hafen verlassen. Das Flotten-schlachtschiff „Kaiser Wilhelm II.“ liegt zum Auslaufen fertig in der Hammerdocks und geht morgen früh 4 Uhr in See. Auf der Seebecken ankern noch einige Kreuzer und Panzer. Der Chef des Admiralstabes Admiral Büchel ist von Berlin hier eingetroffen und befindet sich auf dem Flottenflaggschiff. Der Chef des Marine-kabinetts Admiral Freiherr von Senden-Wirau, der ebenfalls aus Berlin eingetroffen ist, bestätigte die neuen Tods und Hafenarbeiten und begab sich auf den großen Kreuzer „Prinz Heinrich“.

Danzig, 5. September. (W. T. B.) Die englische Flotte läßt heute nachmittags 5 Uhr 25 Minuten die Anker. Zahlreiche Dampfer, Baracken und Boote begleiteten die Schiffe auf See, die an der Role festgemachten vier Torpedobootzerstörer bleiben bis Donnerstag mittag hier.

Thorn, 5. September. (W. T. B.) Wie die Thorer Presse meldet, ordnet eine heute hier eingegangene Verfügung des General-kommandos in Danzig an, daß die Arbeiten zur Festigungs-Kriegsübung in Thorn bis auf weiteres einzustellen sind.

Wien, 5. September. (W. T. B.) Die heutige „Wiener Abendpost“ meldet, daß im Laufe der letzten 24 Stunden aus Galizien weder Cholera noch choleraverdächtige Erkrankungen gemeldet wurden.

London, 5. September. (W. T. B.) Wegen des Ausbruchs der Cholera in Deutschland werden die Passagiere und Besatzungen aller von Hamburg aus dem Tyne ankommenden Schiffe an Bord durch die Sanitätsbehörden des Tynehafens untersucht. Außerdem sind noch weitere Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden.

Kopenhagen, 5. September. (W. T. B.) Während des heftigen Taufranz, der Anfang September im ostindischen Meer wütete, sind sechs Telegraphenabel zertrümmert, darunter die Kabel Schanghai—Tschifu und Schanghai—Ragajali. Drei von den beschädigten Kabeln gehören der Großen Nordischen Telegraphen-Gesellschaft. Die beiden Kabelstämme der Gesellschaft sind mit der Ausbesserung des Schadens beschäftigt, welche längere Zeit beansprucht.

Amsterdam, 5. September. (W. T. B.) Ein Eisenbahnzug entgleiste bei Burmerend (Nord-Holland). Eine Person wurde getötet, etwa zwölf Personen verletzt, davon zwei schwer.

Paris, 5. September. (W. T. B.) „Le Temps“ bespricht auf Anlaß der Angelegenheit des Algeriers Rumzian el Miliani die Eventualität der heutigen Abreise des französischen Gesandten Taitlandier aus Alg. und sagt, die öffentliche Meinung Frankreichs möge die nächsten Ereignisse mit Tens aber ohne Beunruhigung im Auge fassen. Sobald sich die französische Gesandtschaft in Tanger befinden werde, wolle man sich auch der englische Gesandte begeben dürfte, werde Frankreich einen Beweis seiner Energie geben, ohne Unbesonnenheit, aber auch ohne Schwäche.

Die Cholera.

Rastenburg, 5. September. (W. T. B.) Bei dem in den Choleraabenden zu Korjchen erkrankten Kinde liegt Choleraverdacht vor. In Korjchen sind insgesamt 23 Personen interniert.

Die Fortsetzung einer unmöglichen Diskussion.

Von R. Kaustky.

4. Gefühlsozialismus und wissenschaftlicher Sozialismus.

Der „Vorwärts“ vor heute ist nicht derselbe, der er in den ersten Jahren nach dem Sozialistengesetz war. Damals herrschte in ihm die ökonomische Denkweise vor. Seine Politik wurde von Leuten gemacht, die in Rationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte wohl zu Hause waren und für die Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik das lebhafteste Interesse und größte Verständnis besaßen. Diese Zusammenhänge zu erfassen und darzustellen und dadurch das moderne gesellschaftliche und politische Leben zu begreifen und die Leser darüber aufzuklären, erschien ihnen als ihre Hauptaufgabe. Ihr Denken war ein vorwiegend wissenschaftliches, denn dies ist in der Sozialdemokratie, ja in der modernen Politik überhaupt, wesentlich ökonomisch-historisches Denken.

Heute überwiegt im „Vorwärts“ das ethisch-ästhetische Denken. Es handelt sich diesem weniger um das Begreifen der Dinge als um das Urteilen über sie. Es trachtet vor allem danach, starke moralische und ästhetische Wirkungen zu erzielen, dem Leser Abscheu gegen die Immoralität und Häßlichkeit der bestehenden Zustände einzuschleusen. Kann man die erstere Denkrichtung die des wissenschaftlichen Sozialismus nennen, so die zweite die des Gefühlsozialismus; nicht in dem Sinne, daß dessen Vertreter weniger wissenschaftlich gebildet wären oder weniger wissenschaftliche Interessen vertreten, sondern in dem, daß ihnen in der Politik nicht wissenschaftliche Einsicht, sondern die Erzielung moralischer und ästhetischer Gefühle und Empfindungen die Hauptsache ist.

Um nur ein Beispiel zu geben, das uns gerade zur Hand — wir sammeln nicht drei Jahre lang Berge von Material gegen ein Parteiorgan — sei auf den Artikel hingewiesen, den die Redaktion des „Vorwärts“ zum zehnten Todestag von Friedrich Engels am 5. August veröffentlichte, neben persönlichen Erinnerungen von Bernheim und einer Auslese von Zitaten aus den Werken des Meisters. Der Artikel ist ganz „Stimmung“. Jeder das, was Engels in seinem Leben geleistet, nur allgemeine Redensarten, wie die, daß jeder von uns zu seinen Schülern und Jüngern gehört — „in irgend einer Weise“, wie er vorsichtig hinzufügt. Die einzige Tatsache, die wir aus dem Artikel erfahren, bezieht sich auf die Verhandlung des Engelschen Leichnams, die allerdings eines stimmungsvollen Reizes nicht entbehrt. Davon handeln drei Viertel des einleitenden Artikels.

Ich habe natürlich nicht die Absicht, hier einen philosophischen Exkurs über den Gegensatz zwischen dem ökonomischen und dem ethisch-ästhetischen Denken in der Theorie des Sozialismus zu schreiben. Das kann um so weniger meine Absicht sein, als wohl das erste eine sehr prägnanten Ausdruck in der marxistischen Theorie gefunden hat, das andere aber noch eines Theoretikers harret, wenn es je einen solchen produzieren sollte.

Hier handelt es sich bloß um die Wirkung der beiden Denkarten auf unsere politische Praxis. Auch da geraten sie leicht in Gegensatz zueinander, der in ihrem Wesen begründet und daher unabhängig ist von dem Wollen der einzelnen Personen.

Natürlich will ich nicht behaupten, daß Ethik und Aesthetik dem Kampf der Sozialdemokratie fern zu bleiben hätten. In der politischen Ökonomie hat die Ethik freilich nichts zu suchen, auch nicht in dem auf sie begründeten wissenschaftlichen Sozialismus. Dieser hat die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erforschen. Wenn er daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft zieht, so sind diese ebensoviele aus ethischen Forderungen abgeleitet wie die praktischen Konsequenzen, welche die Hygiene aus ihren Forschungen ableitet. Aber der wissenschaftliche Sozialismus bildet nur die eine Seite der Sozialdemokratie; diese ist Einheit von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Kampf, und so wenig Ethik oder gar Aesthetik in der wissenschaftlichen Forderung deinzureden haben, so wichtig sind sie für den Kampflauf des Proletariats. Seine Klasse kann in ihren Klassenkämpfen völlig der ethischen Mächte, der Hingebung und Begeisterung ihrer Anhänger für ihre Ziele entbehren, aber am allerdingsten eine Klasse wie das Proletariat, das den Hygienemitteln des Staates und der ökonomischen Abhängigkeit nur die einmütige Entschlossenheit der Massen entgegenzusetzen hat, die um so kraftvoller wirken wird, je stärker ihr ethisches Empfinden.

Aber auch das ästhetische Element kann im Klassenkampf, in der Politik eine große Rolle spielen. Politik und Kunst, namentlich Dichtung, haben mannigfache Berührungspunkte; beide suchen sie den Menschen auf das Stärkste zu erschauern und zu erheben, beide müssen sie tradieren, die Menschenseele aufs Tiefste zu ergründen und auszuforschen. Weit entfernt davon, daß politische Lied ein garstig Lied, können Politik und Kunst einander auf das mannigfachste befruchten, kann die Politik dem Künstler die erhabenen Stoffe, die leidenschaftlichsten Antriebe geben, kann die Kunst die Kräfte des Politikers gewaltig steigern.

So scheint es, als müßte eitel Harmonie zwischen den beiden Denkweisen in der politischen Praxis herrschen. Aber tatsächlich können nicht beide gleichzeitig dominieren. Wo nicht das ökonomische wissenschaftliche Denken überwiegt und den ethischen und ästhetischen Faktoren ihre Aufgaben und Richtungen anweist, müssen diese mit jenem in Konflikt geraten. Das illustriert der „Vorwärts“ in deutlicher Weise.

Schon in der Bewertung der Bedeutung der Tagesereignisse zeigt sich der Gegensatz zwischen dem wissenschaftlichen und dem Gefühlsozialisten. Was den einen aufs Höchste anzieht und interessiert, erscheint dem anderen oft unwichtig, ja bedeutungslos. Denn das, was die stärkste momentane Wirkung auf das Empfinden übt, ist nicht immer das, was Staat und Gesellschaft am nachhaltigsten und tiefsten beeinflusst.

Die Ereignisse und Fragen, die auf die Gesamtentwicklung die stärksten und dauerndsten Einwirkungen ausüben, sind oft unscheinbarer Natur. Schwer zu erkennen und meist nur durch eine Gedankensarbeit zu begreifen, die mit ethischen Wirkungen sehr wenig zu tun hat. Der Hinweis auf einen Wucherer, der erbarmungslos Existenz vernichtet, wirkt ganz anders aufreizend als eine Theorie des Kapitals. Die ethisch wirksamsten Erscheinungen und Fragen sind aber jene, die an der Oberfläche der Dinge liegen. So wird der vorwiegend ethisch gerichtete Schriftsteller geneigt, die oberflächlichen, in die Augen fallenden, sensationellen Erscheinungen des Augenblicks für die politisch wichtigsten zu halten und alles Tiefere, das als eine Arbeit zu betrachten, die für die Politik wenig Bedeutung hat. Die Untersuchung der Bedingungen und Ursachen des Massenstreiks zum Beispiel erscheint ihm ganz unwichtig, solange dieser nicht vor der Tür steht. Ein Kulturprophet dagegen wird ihm zu einem Ereignis, dem man nicht genug Interesse und Aufmerksamkeit widmen kann.

Aber das Überwiegen des ethischen Interesses verführt den politischen Parteischriftsteller nicht bloß zur Oberflächlichkeit und Sensationslust, zur Unterschätzung des Fortschritts nach den Gründen der Erscheinungen — was nicht verhindert, daß er in der Theorie für solche Arbeiten, wie für alle „Wissenschaft“ und „Aufklärung“ die größte Hochachtung bezeugt. Dieses Tiefere wird ihm in der Praxis oft direkt ein Grenz.

Nichts leichter, als die Menschen „ethisch“ zu einigen, ihre moralische Entrüstung gegen bestimmte trasse Erscheinungen zu erregen. Diese Erscheinungen der Oberfläche sind in der Regel sehr einfache, und es ist meist nicht schwer, darüber, ob sie gut oder schlecht, zu einem Urteil zu gelangen. Nichts war zum Beispiel leichter, als die öffentliche Meinung der ganzen zivilisierten Welt gegen die Urheber der Judenmordeleien von Kischeneff zu erregen. So trümt denn auch der „Vorwärts“ davon, wir könnten einmal einen solchen Eindruck auf die öffentliche Meinung hervorrufen, daß nur „wenige

Prozent“ der Bevölkerung uns entgegen und diese wenigen Prozent durch ihre Isolierung „zur Ohnmacht verurteilt“ wären.

Begnügt man sich dagegen nicht mit dem Beurteilen, sucht man zu begreifen, betrachtet man die abstoßenden, trassen Erscheinungen unserer Gesellschaft nicht für sich allein, sondern in ihren Zusammenhängen, sucht man ihre Gründe zu erforschen, sich darüber klar zu werden, wie weit und wie sie zu überwinden seien, da stoßen wir auf Fragen höchst komplizierter Natur, über die wir je nach der Vorbildung und Klaffenstellung zu den verschiedensten Anschauungen kommen. Greifer wir zum Beispiel zu einer anscheinend so einfachen Frage zurück wie den Judenmordeleien von Kischeneff. Nichts Selbstverständlicher, als sich darüber zu entrichten. Dagegen treten sofort die größten Differenzen auf, sobald man fragt: Woher rühren diese Erscheinungen, wie ist ihnen abzuhelfen? In welchem Zusammenhang stehen sie mit den politischen und sozialen Verhältnissen Gesamtlands, ja der Welt? Sollen wir nach der Assimilation der Juden streben, ihrem Aufgehen in der übrigen Bevölkerung oder nach ihrer ungehinderten Organisation als selbständige Nation? Und wenn wir für letzteres sind, sollen wir ihre nationale Selbständigkeit in Russland fordern oder den Aufbau eines neuen Staates für sie? Aber alle diese Fragen hängen wieder zusammen mit der des russischen Absolutismus. Wo liegen die Wurzeln seiner Kraft, wie sind sie zu unterwühlen? Auch darüber treten die mannigfachen Differenzen zutage.

Führt also die ethische Methode zur leichten Einigung der verschiedensten Elemente, so die ökonomisch-materialistische ebenso leicht zum Streite, zur Entzweiung selbst solcher Elemente, die zusammengehören. Da liegt es nahe, daß die erstere Methode sich in ihrer Wirksamkeit durch die zweite gestört und gehemmt sieht, daß sie dieser vorwirft, sie sei zuweilen, wo jene vereint, welche anscheinend nur dazu dienen, die einheitliche moralische Entrüstung zu stören, die sie hervorgerufen hat oder zu haben glaubt.

Diese Vorwürfe sind freilich unbegründet. Nicht die Einheitlichkeit der moralischen Entrüstung, der „öffentlichen Meinung“ ist es, was die Welt bewegt und unsere Gegner zur „Ohnmacht verurteilt“, sondern die Einheitlichkeit der Aktion. Die wird aber durch bloße moralische Entrüstung noch lange nicht geschaffen. Um noch einmal auf unser Beispiel zurückzukommen. Wenn je Einheitlichkeit in der öffentlichen Meinung der ganzen zivilisierten Welt herrschte, so war das der Fall gegenüber dem Gemetzel von Kischeneff. Würde aber dadurch der russische Absolutismus „zur Ohnmacht“ verurteilt? Nicht ein Härchen würde ihm dadurch gekrümmt, nicht ein Deut seiner Gewalt dadurch genommen, nicht einmal eine einzige russische Anleihe beim europäischen Finanzjudentum würde verhindert.

Aber auch wo die „öffentliche Meinung“, die moralische Entrüstung, stark genug ist, zu einer Aktion zu drängen, braucht diese noch lange nicht so einig zu sein wie die Entrüstung. Diese sagt nur, daß man etwas nicht will, daß man es verurteilt, aber sie sagt gar nichts darüber, was an dessen Stelle treten und wie es erreicht werden soll. Und die Anschauungen darüber werden um so mehr auseinandergehen, die Aktion wird um so zersplitterter sein, je weniger man vorher den „Streit“ der theoretischen Diskussion gehabt und die Anschauungen geklärt hat.

In den romanischen Ländern ist die Spielart des ethischen Gefühlsozialismus weit stärker verbreitet, auch in der Tagespresse, und die belletristisch-ethische Politik spielt dort eine größere Rolle als bei uns. Aber gerade dort finden wir die stärkste Zersplitterung in der Organisation und Aktion. Die Einheitlichkeit der Organisation und Aktion, welche die deutsche Sozialdemokratie so rühmend auszeichnet, ist nicht zum wenigsten eine Folge davon, daß sie seit jeher dem vom „Vorwärts“ bedauerlich „grundsätzlichen Zerium“ hindigte, den inneren Parteifragen auf den Parteitag wie in der Parteipresse das größte Interesse zu schenken. So wäre zum Beispiel auch in der Frage des Massenstreiks eine einheitliche Aktion von Partei und Gewerkschaften nur möglich nach den eingehendsten Diskussionen über seine Bedingungen und seine Taktik. Würden sich Partei und Gewerkschaften mit der Konstatierung begnügen, wie unser Zentralorgan bei seiner Kritik des Roland-Goltschen Buches, daß im Falle eines Staatsstreiks alle Mittel, also auch der Generalstreik, moralisch berechtigt, daß in einem solchen Falle sogar alle Staatsbürger zum Streik moralisch verpflichtet sind, würden sie nur diese moralische, ganz nichtshagende Seite der Frage ins Auge fassen und das Studium ihrer materiellen Seite als gänzlich belanglos ablehnen, so könnte wohl mancher Parteistreit vermieden werden, es würde aber am Tage der Aktion die einmütige moralische Entrüstung in ein topfloses Chaos der Anwendung aller Mittel, auch der widersprechenden und ungewandmächtigsten, hinauslaufen.

Das Überwiegen des ethischen, des Gefühlsmomentes in der Parteijournalistik zeigt aber noch eine andere Erscheinung. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es sehr leicht ist, über einzelne trasse Erscheinungen der heutigen Gesellschaft sittliche Entrüstung bei der großen Mehrzahl der Menschen zu erregen. In der Tat sind ja alle Menschen im Durchschnitt sittlich gleich veranlagt und entrichten sich in gleicher Weise über jede Schandthat, aus der sie keinen Nutzen ziehen. Wer empört sich nicht über die Abwanderung von Frauen und Kindern, über die Verablung der Kohlengräber durch die Grubenmagnaten usw.? Der „Vorwärts“ hat recht, wenn er annimmt, zu dieser Entrüstung sei die ganze Bevölkerung durch die nötige Aufklärung zu bringen, „mit Ausnahme der wenigen Prozent derer, die durch ihre bedrohte Stellung in der heutigen Ordnung der Dinge naturgemäß Feinde der Arbeiterbewegung und der Volkrechte sind“. Das beweist aber nicht, daß nun mit Ausnahme dieser „wenigen Prozent“ alle Volksschichten schon bei der augenblicklichen Schätzung der Gesellschaft für den Kampf der Sozialdemokratie zu gewinnen sind, sondern daß diese Entrüstung kein besonderes Kennzeichen des Sozialisten bildet; daß er sich in dieser Beziehung von der übrigen Volksmasse nur durch stärkere Intensität seines Empfindens auszeichnet. Was ihn aber von den Angehörigen aller anderen Parteien wie von der Masse der Indifferenten unterscheidet, das ist seine ökonomische Einsicht in den Zusammenhang dieser Schandthaten mit dem Gesamtprozeß der heutigen Gesellschaft; das ist seine Erkenntnis, daß sie nur mit dieser selbst überwinden werden können.

Das ist natürlich eine Anschauung, die jeder Parteigenosse teilt, die ihn erst zum Parteigenossen macht. Aber sie kommt um so weniger zum Ausdruck, je mehr man einseitig in der Politik die ethische Seite hervorhebt, je mehr man die ökonomischen Elemente, zum Beispiel den Philanthropen und Sozialreformern, sowie den bürgerlich Radikalen, ja selbst ausgeprägten Reaktionären, frommen Christen und dergleichen gemeinsam ist.

Auch das macht sich im „Vorwärts“ geltend, das heißt in jenen seiner Parteien, von denen allein hier die Rede, in denen seine ethisch besonders veranlagten Redakteure zum Worte kommen — das sind aber gerade die leitenden Parteien. Ohne daß ihr sozialistisches Empfinden irgendwie schwächer wäre, ohne irgend ein Bedürfnis nach Kompromissen — ich betone das ausdrücklich, um nicht wieder von meinen Kollegen mißverstanden zu werden — lassen sie doch in ihren Ausführungen häufig das spezifisch Sozialistische vermischen.

Als ein Beispiel aus der jüngsten Zeit sei der Artikel des „Vorwärts“ vom 22. August über den Katholikentag angeführt. Kein Satz darin, der spezifisch sozialdemokratisch wäre; der ganze Artikel konnte in der „Galle“ oder der „Frankfurter Zeitung“ ebenso gut stehen wie im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Das ist kein Wunder, denn es stellt nur die oberflächlichsten Gründe der Macht des Merkantilismus, Gründe, die Deutschland besonders eigenartig sind. Es sieht nicht, daß diese Macht überall zunimmt, und daß dies in letzter Linie der ökonomischen Entwicklung geschuldet ist. So ist auch seine Schlussfolgerung ganz

ungerechtfertigt, daß der Merkantilismus ohne jede ökonomische Umwälzung, durch bloße „Aufklärung“ die Herrschaft über die „Massen“ verlieren, damit aber auch für die herrschenden Klassen wertlos gemacht, für „alle“ als „Kulturgeist“ gelten werde. Es ist nicht möglich, im Rahmen des vorliegenden Artikels die Jerrigkeit dieser Anschauung nachzuweisen; es genügt, zu konstatieren, daß alle ökonomisch-materialistisch geschulten Denker der Sozialdemokratie einmütig zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß der Merkantilismus tiefe Wurzeln in den bestehenden ökonomischen Verhältnissen hat, die namentlich die Massen der versinkenden Massen, Kleinbürgertum, Bauernschaft, an ihn fetten, daß erst in einer sozialistischen Gesellschaft seine Macht über diese Massen gebrochen werden kann.

Hätte der Artikelschreiber versucht, den ökonomischen Wurzeln des Merkantilismus nachzugraben, er wäre von selbst, ungezwungen zur Hervorhebung spezifischer sozialistischer Gesichtspunkte gekommen. Der er an der Oberfläche der Erscheinungen blieb, äußerte er nur Anschauungen, die auch ein bürgerlicher Demokrat entwickeln konnte.

Das ist natürlich nur ein Beispiel. Das Zurücktreten des spezifisch Sozialistischen gegenüber dem allgemein Demokratischen läßt sich durch einzelne Beispiele bloß illustrieren, nicht erweisen. Wer nicht den „Vorwärts“ jahrelang liest und von selbst zu dieser Einsicht kommt, dem kann sie nicht zwingend erweisen werden. Es ist aber eine Tatsache, daß zahlreiche Parteigenossen und nicht bloß eiferfüchtige „Literaten“, sondern auch Arbeiter zu der gleichen Anschauung gekommen sind, daß der „Vorwärts“ die sozialistische Aufklärung zu sehr vernachlässigt. Die Klagen würden noch lauter werden, wenn nicht viele Mitarbeiter und einige seiner Redakteure in ökonomisch-materialistischem Sinne wirkten.

Wie war es dringender geboten als jetzt, die theoretische sozialistische Schulung in der Parteipresse in den Vordergrund zu stellen, nicht bloß ethische Entrüstung gegen Phantasioms, Volksverdummung und Ausbeutung zu föen, sondern auch die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Sozialismus an den Tagesereignissen zu beleuchten und deren tiefste ökonomische Triebkräfte nachzuweisen. Immer größer wird der Zugang ungeschulter Elemente zur Partei und den Gewerkschaften, immer zahlreicher die praktischen Aufgaben hier und dort und immer geringer die Zeit, die dem einzelnen zu ruhigem Studium zu Gebote steht. Im Verhältnis zur Zahl der Parteigenossen und der Gewerkschaften nimmt unsere Bücher- und Prosakritik an Bedeutung ab und wird verdrängt durch die tägliche Zeitung. Dieser fällt am mehr als je die Aufgabe zu, theoretische Einsicht und sozialistisches Verständnis zu verbreiten, nicht bloß in wissenschaftlichen Zeitschriften, die von der Masse der Leser nicht beachtet werden, sondern gerade in jenen Gebieten, die der Aktualität gelten, der Politik, dem Gerichtswesen, den ökonomischen Kämpfen. Hier gilt es, die Mäde der Leser von den oberflächlichen Sensationen abzulenken, mit denen sie die bürgerliche Presse füttert, und ihnen Interesse einzuschleusen für die Erkenntnis der tieferen sozialen Zusammenhänge und ihrer Entwicklungsrichtungen.

Hier hätte der „Vorwärts“ mit seinen großen Mitteln und allen den Möglichkeiten, die ihm sein Sitz in der Reichshauptstadt verleiht, vor allem die Pflicht, führend voranzugehen. Aber diese Aufgabe kommt bei ihm nicht minder zu kurz als die, in unsere inneren Parteifragen anregend und befruchtend eingzugreifen. In unserer Provinzpresse ist im allgemeinen weit mehr theoretisches Interesse und weit mehr das Bedürfnis nach Hervorhebung des spezifisch Sozialistischen wahrzunehmen als im „Vorwärts“.

Das beruht natürlich nicht darauf, daß dessen Redakteure schlechte Sozialisten und unsfähige Köpfe sind, wohl aber darauf, daß sie, das heißt die ethisch-gerichteten unter ihnen, unter sozialistischer Aufklärung, unter der „Revolutionierung der Köpfe“ etwas ganz anderes verstehen als die ökonomisch-materialistisch Denkenden in unseren Reihen.

Zu allen diesen Gegenständen in der Auffassung der Art unserer Propaganda gefehlt sich aber schließlich noch ein taktischer. Der Ethiker, der die Massengegenstände nicht untersucht oder praktisch mitten in ihren Kämpfen drin steht, ist naturgemäß geneigt, das ethische Element auch bei den Gegnern zu überschätzen, deren ethischer Entrüstung größere Bedeutung beizulegen, als sie verdient. Das kann den „Vorwärts“ freilich nur selten zur Ueberhöhung des deutschen Liberalismus führen, der zu häufig ist und mit dem unsere Partei zu lange im Kampfe. Jedoch hat es trotzdem der „Vorwärts“ fertig gebracht, zum Beispiel zur Zeit des Vergarbeiterstreiks, auf die Kraft der öffentlichen Meinung der Bourgeoisie besondere Hoffnungen zu bauen. Am 11. Februar schrieb er: „Die öffentliche Meinung war so gut wie vollständig auf seiten der Streikenden. . . . Das ist wahrlich ein moralischer Erfolg, wie ihn deutsche Arbeiter noch nie errungen haben. Das, sollte man meinen, muß mit der Zeit auch materielle Folgen haben.“ Am schlußmitten aber äußerten sich die ethischen Illusionen des „Vorwärts“ gegenüber dem französischen und russischen Liberalismus und brachte ihn in lebhaftestem Konflikt mit den Marxisten der genannten Länder.

Diese Andeutungen dürften genügen, zu zeigen, wie auch dort, wo die vorwiegend ethische Denkweise sich nicht zu einer befriedeten Theorie und Taktik im Gegensatz zur ökonomisch-materialistischen verdichtet hat, wo sie vielmehr mehr Sache des Instinktes und Gefühls ist und nicht im geringsten beabsichtigt, zur marxistischen Theorie und Taktik in revolutionärem Widerspruch zu treten: wie auch dort diese ethische Denkweise in Gegensatz zur ökonomisch-materialistischen geraten muß in der journalistischen Praxis, durch verschiedene Bewertung der Tagesereignisse, durch Vernachlässigung der sozialistischen Aufklärung, die durch Appelle an die moralische Entrüstung gedrängt wird, durch steigende Verständnislosigkeit und Abneigung gegenüber der Erörterung innerer Parteifragen, endlich durch Ueberhöhung der Kraft und des guten Willens der „ethischen“ Schichten der Bourgeoisie.

(Schluß folgt.)

Debatten über Wenn und Aber.

III.

Bereits in unseren früheren Erörterungen war angedeutet, daß Karl Kaustky, um die ihm dunkel bewusste Zweifelpflichtigkeit der Roland-Goltschen Generalstreiktheorie zu überwinden, instinktiv die Bedeutung des Parlamentarismus heruntersetzt. Ist der Generalstreik, wie wir und die Partei ihn auffassen, ein mögliches Mittel, um politische Rechte und Institutionen zu schützen und zu erringen, so wäre es natürlich widerwärtig, den Kampfspreis, das Objekt des opfervollen Ringens, zu entwürdigen. Propagiert man aber jenen Generalstreik des großen Entscheidungstages, der notwendig eintritt, wenn alle Volkrechte in die Luft gesprengt werden, so hat es schon seinen guten Sinn, wenn man den Parlamentarismus überaus geringfügig behandelt.

Man braucht sich diese doppelte Konsequenz nur zu vergegenwärtigen, um einem etwaigen Einwand Kaustkys zu begegnen, auch er diskutiere den Generalstreik unter dem Gesichtspunkte eines in absehbarer Zeit aktuellen Mittels, um in Deutschland politische Rechte zu erhalten oder zu erweitern. Würde Kaustky sich dieser unserer Bestimmung der Aufgabe anschließen, so wäre das zwar zu begrüßen, aber damit würde die widersprüchvolle Unklarheit seiner Argumentation noch verstärkt werden. Soll der Generalstreik dazu dienen, um den Parlamentarismus selbst in seinem bestehenden halbabsolutistischen, nur durch das demokratische Wahlrecht etwas gemilderten Charakter wenigstens zu schützen gegen weitere Rückbildungen, dann muß man doch den Gegenstand, um den es

der Streikunterstützung allein von der betreffenden Organisation fordert und mit dem Beschluß über die Waisener, an deren bisheriger Form er festhalten wissen wolle, weshalb er auch gegen den Beschluß gestimmt habe.

Die Diskussion über diese Angelegenheit ist sehr lebhaft; alle Redner bedauern die Beschlässe in Beziehung auf den Generalstreik und die Waisener. Man ist der Meinung, daß die deutschen Gewerkschaften in das Fahrwasser der englischen Gewerkschaftsbewegung segelten.

Der Vertreter der Generalkommission Sabath Berlin verteidigte die beiden Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses. Es sei durchaus nicht richtig, wenn behauptet werde, nach dem Adler Beschluß über den Generalstreik sei eine Diskussion darüber verboten. Das stehe nirgends in der Resolution. Vielmehr habe man nur den von einigen Anarchosozialisten propagierten Generalstreik treffen wollen, den er für eine Phrase halte. Bezüglich der Waisener habe eine Form gefunden werden müssen, die es allen ermöglichen, an der Feier teilzunehmen.

Schließlich nimmt der Verband eine Resolution an, worin er sich mit der Haltung des Vertreters des Fleischerverbandes auf dem Gewerkschaftskongress einverstanden erklärt.

Wirklungen der gegenwärtigen Fleischnot
referierte Reslinke Berlin. Die Behauptung von einer Verschärfung des heimischen Viehbestandes bei Deffnung der Grenzen sei nur eine alte Phrase, die das eigentliche Motiv der Weigerung, die Vereinerung der Agrarier, vertuschen solle. Am allermeisten Ursache zu einem energischen Protest an die Reichsregierung habe sicher der Zentralverband der Fleischer Deutschlands, denn die Fleischnot habe eine derartige Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe herbeigeführt, daß alles bisher Dagewesene in dieser Hinsicht in den Schatten stelle. Viele Tausende Fleischergehilfen liegen brotlos auf der Straße. Aber auch viele Meistereritzungen sind zu Grunde gerichtet worden, und nur die kapitalkräftigen Unternehmungen und die großen Wurstfabriken vermöchten sich zu halten. Allerdings müsse er betonen, daß die Gehilfen keine Veranlassung hätten, dem untergehenden Handwerk im Fleischergewerbe eine Träne nachzuweinen, da es ebenfalls nur ein Hemmnis der Entwicklung der Viehhaltung sei. Aber auch die großen Wurstfabriken hätten Entlassungen vornehmen müssen. Insbesondere bringe der gegenwärtige Zustand der Fleischnot ernste Gefahren für die Volksgesundheit mit sich, da man alles Mögliche zur Wurst verarbeitet, und erst längst feine elektrisierende Zustände in Berlin und Lübeck in der Wurstfabrikation entdeckt worden. Der Redner schlug dem Verbandstage folgende Resolution zur Annahme vor:

Der dritte Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer und verwandter Berufsgruppen fordert von der Reichsregierung die schärfste Aufhebung der Grenzsperrre, damit die ungeheure Fleischnot beseitigt wird, durch die Tausende Fleischergehilfen und Fleischmeister eritzungslos geworden sind und noch werden und abertausenden Familien der Fleischgenuss entzogen ist. Die Behauptung von der Einschleppung von Viehseuchen bei der Deffnung der Grenzen ist unwahr und als ein fallisches Spiel der Agrarier zu betrachten, denn es ist die Möglichkeit geboten, krankheitsverdächtig Vieh an der Grenze zurückzuweisen oder sofort abzuschlachten zu lassen. Davon, daß die Fleischnot nur eine vorübergehende Erscheinung sei, könne bei dem jetzigen Stande der Fleischsteuerung keine Rede mehr sein. Die Fleischnot besteht schon seit langer Zeit und wird weiter anhalten, wenn die Aufhebung der Grenzsperrre nicht erfolgt. Die versammelten Delegierten des Zentralverbandes der Fleischer protestieren ganz entschieden gegen eine längere Fortdauer der Viehsperrre und beauftragen den leitenden Vorstand, diese Resolution der Reichsregierung sofort zu unterbreiten.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Lehrlingszuchterei
im Fleischergewerbe zu beseitigen, die die Innungen systematisch betreiben, wird in einer Resolution der Hauptvorstand beauftragt, mit Hilfe der Gewerkschaften resp. Ortsverbänden in der Zeit, wo der Lehrlingszucht besonders betrieben wird, durch Kaufe in der Presse und durch Flugblätter Eltern und Vormünder zu warnen, ihre Söhne und Pflegebefohlenen das Fleischerhandwerk lernen zu lassen, da diese als Gehilfen keine Existenz fänden. Weiter wird der Hauptvorstand beauftragt, in allen Ortsverbänden statistische Erhebungen über die Anzahl der Fleischmeister und der von ihnen beschäftigten Gesellen und Lehrlinge anzustellen. Das Material soll dem Bundesrat übermitteln werden mit dem Ersuchen, gemäß § 128 Abs. 2 der Reichs-Gewerbeordnung Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen zu erlassen. Außerdem verpflichtet der Verbandstag die Ortsverbände und Gewerkschaften, die Verbände auf § 128, 1 der Reichs-Gewerbeordnung hinzuweisen und auf Grund dieser Bestimmungen gegen die Lehrlingszucht einzuschreiten.

Der Verbandstag erörtert sodann die **Wirkstände des Ross- und Logiswesens**, das Fehlen reichsgefälliger Bestimmungen über die Arbeitszeit im Fleischergewerbe und behandelte ferner die Frage künftiger Lohnbewegungen und Streiks. In letzterem Punkte soll neben der inneren Kräftigung und Stärkung

der Organisation dem Wohlstand besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, der in der Rohstoffindustrie sehr wirksam sei. Der Verbandstag ist weiter für Erhöhung der Beiträge, um die Organisation widerstandsfähiger zu machen.

Beschlossen wurde u. a. noch, bei Streiks an Stelle des bisherigen Sammelbüchensystems von den Mitgliedern Extrabeiträge zu erheben, ferner die Streikunterstützung nur denjenigen Mitgliedern zu bezahlen, die 26 Wochenbeiträge entrichtet haben und nicht länger als vier Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Vermischtes.

Die Cholera.

Die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet über den Stand der Cholera im Regierungsbezirk Bromberg, daß bei einem aus dem Zuchthaus in Crona an der Brahe nach Gnesen transportierten Strafgesangenen asiatische Cholera festgestellt worden ist und sechs weitere Strafgesangene unter Choleraverdacht erkrankt sind. In Stieglitzdorf, Kreis Garmisau, ist ein Gelegenheitsarbeiter erkrankt, in Schleusenau der Telegraphist Stellmacher mitmahllich an Cholera gestorben.

Neue Choleraverdächtige Erkrankungen werden heute aus dem Regierungsbezirk Marienwerder nicht gemeldet. Zu dem als Cholerafall bezeichneten Tode des 73jährigen Dorsmann Pastowski in Thorn wird heute amtlich gemeldet, daß durch nochmalige Untersuchung im Institut für Infektionskrankheiten asiatische Cholera nicht festgestellt werden konnte.

Wie die Thorer Presse meldet, teilte das Bakteriologische Institut in Berlin mit, daß bei dem erkrankten Pionier der Festungs-telegraphen-Vantompagnie Choleraabdrücker festgestellt worden sind. Der Erkrankte befindet sich dauernd auf dem Wege der Besserung. Weitere Erkrankungen sind beim Militär nicht vorgekommen, auch liegen keine Neuerkrankungen unter der Zivilbevölkerung vor.

Ferner wird aus Thorn gemeldet: In der Nacht zum Dienstag ist ein aus Polen eingetroffener Zugführer unter Choleraverdacht erkrankt ins Krankenhaus eingeliefert und bald darauf gestorben.

Die Medizinalbehörden in Bremen haben eine verschärfte Ueberwachung des Auswandererverkehrs angeordnet. Zur Untersuchung der eintreffenden und täglich zu kontrollierenden Auswanderer sowie zur Ueberwachung der Auswandererherbergen sind sechs Aerzte amtlich angestellt worden. Bis jetzt ist hier kein Cholerafall vorgekommen.

Deutschtum ist Freiheit. Aus Thorn meldet das „S. L. S.“: Eine Montagabend im polnischen Museum eiderseits polnische Wählerversammlung wurde wegen Ueberfüllung des Saales zweimal aufgelöst; bei der zweiten Auflösung leistete das Militär Hilfe, welches die Menge auf der Straße mit aufgefingtem Bajonett auseinandertrieb.

Von der Hochzeitfeier ins Gefängnis wanderte am Sonntag in Rauen eine ganze Gesellschaft. Im Schäferhause hat man in der Nacht zum Sonntag die Hochzeit eines jungen Paares sehr vergnügt begangen und marschierte dann im Morgengrauen mit dem neuvermählten Paar nach der Stadt, wobei die Stimmung so laut und übermütig wurde, daß ein Nachtwächter Ruhe gebot. Damit fand er aber bei der fideles Hochzeitsgesellschaft kein Gehör. Es entspann sich zwischen ihm, dem jungen Ehemann und seinen Gästen ein Streit, der bald in Tätlichkeiten ansetzte. Der schwer bedrängte Nachtwächter ließ nun die Notpeife erschallen, worauf von allen Seiten seine Kollegen und einige Männer herbeieilten, mit deren Hilfe es gelang, den jungen Ehemann sowie die männlichen Teilnehmer der Hochzeitsgesellschaft nach heftiger Gegenwehr ins Gefängnis zu bringen. Die junge Frau trat weinend in Begleitung der anderen weiblichen Hochzeitsgesellschaft ohne „ihn“ den Heimweg an, während der Ehemann im Polizeigefängnis bis zu seiner ersten Vernehmung, die in rechter Rayenammerstimmung erfolgte, verbleiben mußte. Dann wurden er und seine Freunde entlassen, doch wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Ein umfangreicher Bucherprozeß steht in Hannover bevor. Bekanntlich, so wird uns aus Hannover geschrieben, wurde Ende März dieses Jahres ein junger Portugiese namens Souza, der sich hier zu seiner Ausbildung aufhielt, wegen großer Wechsel-fälschungen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der 16jährige Jüngling gab sich als portugiesischer Leutnant aus und spielte eine große Rolle in den hiesigen Bars und Weinstuben usw. Das Geld verschaffte er sich durch Wechsel, die er auf die Namen hiesiger Offiziere fälschte, mit denen er bekannt geworden war. Die gefälschten Wechsel beliefen sich auf rund 60 000 M., von denen indessen nur circa 40 000 M. begeben waren, für die Souza jedoch nur einige 20 000 M. erhalten hatte. Die Geldgeber, mehrere hiesige Geschäftsleute, auffälligerweise in erster Linie Bäckermeister, wurden unlängst deshalb wegen Buchers zu Gefängnis verurteilt. Die weitere Untersuchung hat nun ergeben, daß eine Anzahl dieser und ähnlicher Geschäftsleute mit zahlreichen hiesigen Offizieren gleichartige Geldgeschäfte gemacht hat. Es finden noch täglich Vernehmungen von Offizieren, im wesentlichen von der hiesigen Reitschule, statt, von deren Resultat es ab-

hängt, ob und welchen Umfang der Prozeß haben wird. In erster Linie wird es darauf ankommen, ob die Offiziere sich als bewußt angehen. Jedenfalls erregt die Angelegenheit in beteiligten Kreisen und auch darüber hinaus unliebsames Aufsehen.

Dies Aufsehen erregt der Tod des Produzenten des Bonthausen Logarus in Brandenburg a. S., Otto Claus. Derselbe wurde am Sonnabendmittag im Mühlengraben des Schleusenkanals als Beiche aufgefunden. Allem Anschein nach liegt ein Unglücksfall oder Verbrechen vor. Claus war noch am Freitagabend in fählicher Gesellschaft gewesen und ist dann wohl in der Nacht auf dem Wege nach seiner Wohnung von der Promenade in den Schleusenkanal gefallen oder gestürzt worden. Die Kriminalpolizei ist bemüht, die Sache aufzuklären.

Einen schweren Verlust hat, wie der hiesigen Kriminalpolizei mitgeteilt wurde, der Juwelenhändler Rafael Couhlo aus der Rue de Provence zu Paris in Brüssel erlitten. Dort kam ihm auf dem Wege vom Hotel Metropole nach dem Nordbahnhof ein Paket mit Perlen, Brillanten und kleinen goldenen Bijouteriegegenständen im Werte von 80 000 Frank abhanden. Wie das zugegangen ist, weiß der Mann selbst nicht, man glaubt aber, daß ihm der Schatz gestohlen worden sei. Das Paket enthielt 98 Perlen, die 167 Gramm wiegen, ein Paar große Brillanten von 15 Karat, viele ein- bis zweifarbige Brillanten, einen Halsknebel aus Perlen und Brillanten und dergleichen mehr. Die Verpackung war noch einmal mit Zeitungspapier umwickelt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man auch in Berlin versuchen wird, die Kostbarkeiten umzujagen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

G. S., Kanalstraße. Sie sind an den Vertrag gebunden, können von ihm ohne Einwilligung des Vaters nicht entbunden werden, wenn Sie in Ihrem Mietvertrag die Klausel nicht durchstrichen haben, daß dem Mieter ein Recht auf Kündigung des Mietvertrages nicht zusteht, wenn die Genehmigung zur Weitervermietung nicht erteilt ist. Steht in Ihrem Mietvertrag keine derartige Klausel, so haben Sie das Recht, die Wohnung bis am 3. Oktober zum 1. Januar zu kündigen, falls der Vermieter ohne einen an der Person des neuen von Ihnen gestellten Mieters liegenden Grund die Erlaubnis zur Weitervermietung ablehnt. — P. S. 81 und 2. 50. Es ist unmöglich, eine Frage über ein Recht oder eine Pflicht aus dem Mietvertrage, aus Verträgen überhaupt, aus einem Vereinsstatut usw. zu beantworten, falls der Wortlaut des Vertrages oder der sonst erhebblichen Urkunde nicht mitgeteilt wird. — W. 100. Ihre Ansicht ist zutreffend. Als außerordentlich sind beizugehen Sie Ihre Mutter genau so wie das eheliche Kind. Sie würden also Ihr Erbrecht im Falle des Todes Ihrer Mutter mit Erfolg gerichtlich geltend machen können. — G. R. 24. 32. Sie können unter Verlegung des Sachverhalts Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft stellen. Diese kann öffentliche Anklage erheben, kann aber auch Sie auf dem Weg der Privatklage verfolgen. — G. W., Schöneberg, 1. Ja, ohne Freit. 2. Nein, 3. Sie können die Sachen einbehalten, können auf Zahlung bei dem Amtsgericht klagen und Johann-Volkredung an den einbehaltenen Sachen vornehmen. — W. D. Ein Antrag, den Vormund abzusetzen oder beiseite zu lassen, ist an das Gericht zu richten. Ein Minderjähriger kann nicht Vollmacht erteilen. — Th. 9. Allgemeine gesetzliche Vorschriften über die von Ihnen gestellten Fragen gibt es nicht. Es kann nur immer wieder das Ersuchen wiederholt werden, im eigenen Interesse den speziellen Fall darzustellen und dieser Darstellung die Fragen anzuschließen. — I. 5. Der Sachverhalt müßte dargelegt werden, die Anklage wiederholt werden. — P. A. 17. Jeder Vertrag nach Umständenfallig liegt vor. — Unvollst. 1905. Die Antwort war durchaus zutreffend. — P. R. 2. Das Buch ist in 28 Hefen zu je 20 Pf. erschienen. Gebunden kostet es 7 M. Die auf Ihren Fall bezüglichen Darlegungen finden Sie Seite 324 bis 440. — G. R. 1. Falls Invalideität vorliegt und nicht etwa Verjährung des Anspruches durch zweijähriges Nichtwissen eingetreten ist: Ja, 2. Nein, 3. Heimarbeiter, die nur für ein Geschäft arbeiten, sind in der Regel versicherungspflichtig. Der Streit im Anzeigenteil müßte daher, daß verlust wird, die Arbeiter als selbständige Unternehmer angesehen. In einigen Gemeinden, z. B. in Berlin, ist die Versicherungspflicht ortstatutarisch für Hauswirtschaftliche eingeführt. — R. S. 1. Rotarische oder gerichtliche Vollmacht ist erforderlich. 2. Nein. — U. St. 1. Bei einem Jahresarbeitsverdienst bis 300 M. ist eine 14, bei über 350—550 eine 20, bei über 550—850 eine 24, bei 850—1150 eine 30, bei über 1150 M. eine 36 Wochenkarte zu stellen. Die Art der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes finden Sie Seite 479—481 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“. 2. Uns nicht bekannt. — R. H. Ja. — G. S. 28. Nein, Sie müssen aber dem Vri Gelegenheit geben, die Wohnung zwecks Vermietung beizugehen zu lassen. Sonst sind Sie schadenhaftig. — C. R. Der Vri ist im Recht. — Wetzeude. Ja. — M. D. 30 686. Ja, der Vertrag ist aber nur mit Genehmigung des Vaters gültig. — W. P. 5. Das hiesige Amtsgericht ist zuständig. — J. H. 10. Jeder ist die Herrschaft im Recht. — S. Günther. Weshalb keine Ziffer? 1. Ja, 2. bis 4. Nein. Sie sollten sich bei einem Wallebe der Krankenhaus-Deputation beschweren. — S. W. 100. 1. und 2. Es ist nicht möglich, auf Grund welcher Bestimmung die Versicherungspflicht schadenhaftig sein sollte. Ihre Frau kann sich stets eine Karte ausstellen lassen. Eine Frist zur Erledigung des Geschäftes besteht nicht: Ihre Frau wird am besten im Bureau der Versicherungsanstalt sich nach Lage der Sache zu erkundigen. — C. L. 40. Sind die Mieträume so beschaffen, daß sie mit erheblicher Gefährdung der Gesundheit verbunden sind, so hat der Mieter das Recht, auf Aufhebung des Mietvertrages und Schadenersatz zu klagen. Die Gemeindefrist trifft den Vermieter. Wenn Sie bereits vier Jahre dort wohnen, so wird ein Prozeß kaum Aussicht auf Erfolg haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 6. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Nora. Hierauf: Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Ein trüblicher Tag. Neues. Ein Sommernachtsstraum. Waisen. Die Hedermaus. Zentral. Die Weib. Thalia. Bis früh um fünf!
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Kallner-Theater.) Ein Wintermärchen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Mährisches Theater.) Nora. Lesung. Die Weber.
Stebens. Eine Hochzeitsnacht. Trionon. Das Ende der Liebe. Carl Weiß. Im Hause der Sünde. Belle-Alliance. Den All Bez. Luken. Der jüngste Leutnant. Deutsch. Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Kasino. Der Adelsnarr.
Metropol. Die Herren von Maxim. Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Gerrnsfeld. Die Weyerhäuser. Wintergarten. rote Häuser. Spezialitäten.
Berliner Prater-Theater. Zwischen Himmel und Erde. Passage. Gold Augustin. Herr Laclaux. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng. Urania. Taubenkranz 48/49. Die deutsche Nordsee. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Entscheidung. Sprich, Sprich.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Donnerstag u. folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Der jüngste Leutnant.

Donnerstag, 3. 1. Male: Fiesco.
Freitag: Fiesco.
Sonnabend: Der jüngste Leutnant.
Sonntag nachmittag: Die Kinder der Götter.
Abends: Der jüngste Leutnant.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.

Vorher: Die Zauberorgel von Offenbach.
Original Rämber Compagnie
zum 1. Male in Berlin Duo Serdan.
Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Apollo-Theater.

Täglich:
10 Uhr. Ein Abend in einem amerik. Ringel-Tangel.
Vorher: Hochzeitsabend und neue Spezialitäten.
Breitng.
den 8. Sept.: Zum 100. Male!
Ein Abend l. ein. amerik. Ringel-Tangel.

Urania

Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordsee.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Joël's Traum!
Im Restaurationssaal:
„D'Roehelsee'r.“
Oberbayr. Gesänge, Tanz- u. Gobjerge-Szenen.

GOLDBLÄUHER ZGARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.
Satirisches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Eismann.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
Schwan in 3 Akten von Henri Rochou und Albert Carré.
Dienstag, d. 12. Sept., 3. 1. Male:
Die Höhle des Löwen.

Metropol-Theater

Bender x Giampietro
Josephi x Massary x Frid Frid
Zum 304. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungspose mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.
Sonnabend, den 9. September cr.
Zum 1. Male:
Auf, ins Metropol!
Große Jahres-Revue v. J. Freund. Musik von Viktor Hollaender.

Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Muncz.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Lustspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr.
Kyritz-Pyritz.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 122.
Im Hause der Sünde.
In Vorbereitung: Der Wollamoogler wider Willen. — Sonnabend, den 9. September: Schuldbe laden.
Im Sommergarten: Neues Spezialitäten-Programm. Anfang 6 Uhr. Abends 10 Uhr: Ringkämpfe.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16
Heute: Sonder-Abend.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Extra-Tanz. Kaffeeliche.
Auf. 6 Uhr. Eintritt 30 Pf., Specty 50.

Gehrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 136. Male:
Die Meyerhains.
Pomöble in 3 Akten mit den Autorop
Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Gente:
Zwischen Himmel und Erde.
Dr. Auskultationsst. in 3 Akten.
The Rieffers Pantomime.
Mirzi u. Göza Varadi-Duett.
Pantomime. Spezialitäten. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nummerierter Platz 30 Pf.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 86.
Täglich das großartige September-Programm u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Besse mit Gesang.
Großer Loderfolg.

ELYSIUM.

Kommendantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Hygienische Bedarfsartikel.

großer Bestand. Anfragen erbeten
Fr. Boier Nachf., Berlin S.O. 301,
226/26* Rudowweg 104.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater):
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
 Schauspiel in fünf Aufzügen von
 William Shakespeare.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
 Zum ersten Male:
Der G'wissenswurm.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.):
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Zum ersten Male:
Nora. (Ein Puppenheim.)
 Schauspiel in 5 Aufz. v. Henrik Ibsen.
 Deutsch von Wilhelm Lange.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nora.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.

Zirkus Alb. Schumann

Karlstraße vorm. Rens Tel. Amt III. No. 2941.

Voranzeige.

Den hochgeehrten Bewohnern Berlins und Umgebung die ganz ergebene Mitteilung, daß ich demnächst mit einer ganz neuen Gesellschaft von Scheveningen (Holland) nach einem vorhergegangenen, zirka dreimonatlichen, von kolossalem Erfolge begleitet gewesenem Aufenthalt in Wien, wo mein Unternehmen durch wiederholten Besuch der hohen und höchsten Herrschaften ausgezeichnet wurde, per Sonderzug hier eintreffen werde, um meine diesjährige Saison in meinem Zirkusgebäude in der Karlstraße zu eröffnen.

Der ganz außerordentliche Erfolg, der mir in voriger Saison beschieden, läßt mich auch der diesjährigen mit Zuversicht entgegenzusehen. Für dieselbe habe ich eine Reihe

vollständig neuer Kräfte und sensationeller Attraktionen

sowohl auf dem Gebiete der zirkensischen als auch Spezialitätenkünste gewonnen, ebenso hat mein Marstall durch Erwerbung zahlreicher edler Pferde eine wertvolle Bereicherung erfahren.

Auf dem Gebiete der Freiheitsdressuren und hohen Schule werde ich auch dieses Mal wieder

Neuartiges und absolut Originelles

bringen. Was die Manegenschaustücke anbetrifft, so hoffe ich durch Originalität der Erfindung, Inszenierung und Ausstattung alles bisher Gebotene bei weitem zu übertreffen.

Ich hoffe daher alles für eine erfolgreiche Saison getan zu haben, und gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, der mich so ehrenden Sympathien der Bewohner Berlins und Umgebung auch diesmal teilhaftig zu werden.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Alb. Schumann,

Königl. Preuß. Kommissionsrat und Zirkusdirektor.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.

Ob schön! Täglich im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!

Vollständig neues, schönstes Programm Berlins.

Hadi Bramien ist wieder da! Kurt Ellen, der aktuelle Humorist. Gebr. Eidinger, Konfuzius'ler Kunstst. The Decollinis, Kunstschützen. Hedwig Böring, die beliebte Soubrette. Matuschka-Trio, russischer Gesang und Tanz.

Mit Roben mit ihren sechs Wunderaffen. Orig. The Beyrotts usw. Täglich: Ball, Kaffeehölzer, Volksbelustigungen aller Art. Entree Wochenends 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.

Brauerei Friedrichshain

früher Lipps (Deconom E. Niemann) Am Königsgr. Größter Konzertsaal Berlins.

Heute Mittwoch sowie nur noch einige Tage:

Populäres Konzert

von

Johann Strauß aus Wien

Dirigent d. k. u. k. Oesterr. Hofballmusik mit seiner gesamten Kapelle.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Pl. 1 W.

Holzbildhauer!

Donnerstag, 7. Sept., abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Das Ergebnis der letzten Statistik. 2. Herabsetzung oder Beibehaltung des jetzigen Totalbeitrags von der 39. Woche ab. 3. Werkstattangelegenheiten.

Jede Werkstatt muß durch einen Vertrauensmann vertreten sein!

Die Agitationskommission.

21/6



Eröffnungs-Programm.

Loie Fuller

die berühmte Phantasietänzerin.

Louise Blot Pariser Sängerin.

4 Luckens amerik. Gymnastiker.

Sisters Gasch Akrobatinnen.

Kapitän Woodward dress. Sechshunde u. Seelöwen.

Bedini und Artur amerikanische Exzentriks.

Die mysteriösen Husaren.

Edith Helena amerik. Sängerin.

Die Trombottas italien. Duett.

Paul Spadoni Kraft-Jongleur.

„In Japan“ Ballettdivertissement.

Tina Clementa Pferd- und Hundedressur.

Der Biograph.

Bernhard Rose-Theater

Geländebraun, Badstraße 58.

Täglich das Seminars-September-Programm.

Paul Coradini.

Die drei Harders, phänomenale Luftgymnastiker. Groti Reiner, Exzentriker.

The Ottorus, Wespist, Sensation.

Sevillo u. Pife. Mile. Sira. Edith Harle. M. H. Thilsson mit seinem Wunderhund.

Außerdem: Der Fluch des Goldes.

Umf. 4 1/2 Uhr.

Entree 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf.

Saisonkarten haben Gültigkeit.

Maurer- und Zimmerer-Polier.

überhaupt Bauhandwerker, welche selbst bauen wollen, erhalten von uns Baupläne unter sehr günstigen Bedingungen bei ganz kleiner Anzahlung, eventuell auch ohne bare Anzahlung. Adressen unter N. 1 Expedition des „Vorwärts“.

13335

41752*

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.

Wolle, Moquette, Plüsch.

Reste! Satteltaschen.

Muster b. näher. Angabe franko.

Berlin, Oranienstr. 158.

Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Zum Umzuge

offizieren einen großen Posten neu eingetroffener

Ia. Velours-Teppiche.

Sofagröße M. 10.50

Zimmergröße „ 22.50

Salongröße „ 37.50

Saalgröße „ 65.00

Ferner hochelegante

Portieren u. Dekorationen.

Gardinen, Stores,

Reißbestände 1-6 Fenster.

Steppdecken in allen

Farben.

Tisch-, Diwan-, Schlaf- und Reisedecken,

Läufer u. Möbelstoffe

kommen soweit der Vorrat reicht zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Teppich-Engros-Haus

Hermann Bursch

Spandauerstr. 65-67,

1. u. II. Etage. Kein Laden.

Zwischen Kaiser Wilhelm- und Bischofstraße. 30/12*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zur Beachtung.

Die in gestriger Nummer des „Vorwärts“ angezeigten Vertrauensmänner-Versammlungen finden, außer der der Rorbmacher,

sämtlich heute, Mittwoch, statt.

Modelltischler.

Mittwoch, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Wiefenthal, Uferstraße 123:

Vertrauensmänner-Versammlung

Modell- u. Fabriktschler sowie Metaldrechsler.

Tages-Ordnung: 1. Ausgabe des Materials zur Aufnahme der Statistik und Besprechung der einzelnen Fragepunkte. 2. Berichtsbeneh. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Donnerstag, den 7. September, abends 8 1/4 Uhr, bei Gießing, Bafertorstraße 68:

Versammlung

Luxusmöbeltischlereien beschäftigten Tischler, Drechsler, Polierer u. Maschinenarbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Leopold: Die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Luxusmöbeltischlereien. 2. Branchenangelegenheiten. Berichtsbeneh. Die Kommission.

Achtung! Achtung!

Bojamentiere.

Heute Mittwoch, den 6. September, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der letzte Bescheid der Innung betreffs der Möbelbranche. 2. Endgültige Beschlußfassung. Es muß angehts obiger Tagesordnung ein jeder in der Versammlung erscheinen.

Zentral-Verband der Steinarbeiter (Berlin I).

Donnerstag, den 7. September, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Streit im Reichstagsgebiet. 2. Antrag des Kollegen R. Winterroth: Abschaffung der Sammelkosten, Extraktur oder Beitragsbefreiung. Mitgliederbuch legitimiert. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Töpfer Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 7. September, abends 6 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifs. 2. Wahl einer Lohnkommission. 196/1

Kollegen! Sorgt dafür, daß jeder organisierte Töpfer in dieser Versammlung erscheint.

A. H.: Hans Berg, Engel-Ufer 21.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Berlin.

Zur Wahl der Filialbeamten!

Bei der Wahl am 3. September wurden 940 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten: 125/10

Wies 630, Ringel 352, Klotz 264, Wagner 108, Gidde 105, Luckow 87, Götze 80, Wiese 52 und Stoppel 33 Stimmen.

Es hat also Stichwahl zwischen den Kollegen Ringel und Klotz stattgefunden.

Die Stichwahl findet am Sonntag, den 17. September, statt. Die Ortsverwaltung.

Chaiselongue, Tip Top' Chr. Haufier,

D. R. R. M. Alte Schönhauserstr. 5.

Bettstühle v. 24,50 an Bettsofas ein- auch zweischläfrige Chaisel-B. „Herbert“ v. 17 Mk. an, mit Bettbehälter bis 65 Mk.

Reiche Auswahl in Metall-Bettstellen für Erwachsene Kinder zu billigen Preisen. 4034L*

Durch einen Griff in ein zweischläfriges Bett verwandelt.

Jeden Mittwoch die berühmten Grützwürstchen.

Wurstneyer, Brunnenstr. 6.

Steppdecken

kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. 72 Bafertorstraße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.

W. Strohmantel, Berlin 14, Mühlentier Preisversteigerung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann

Karl Eli nach langem schwerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle der Simeons-Gemeinde in Ditz aus statt. Ww. EIL.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, daß das Mitglied

Karl Eli Admiralstr. 18 B nach langem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 7. September, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle der Simeons-Gemeinde, Ditz, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Hierdurch den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Karl Eli verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Friedhofes, Ditz, Tempelhofer Weg, aus statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung Berlin I.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Formier

Willi Rabe am 4. d. Mts. nach kurzen, aber schweren Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Moabit Krankenhaus aus statt.

Dies zeigen tiefbetraut an Fritz Rabe nebst Frau und Geschwistern, Paltzstraße 16.

Am 4. d. M. entschlief nach kurzen, aber schweren Leiden unser Kollege und Mitarbeiter, der Formier

Willi Rabe.

Wir verlieren in demselben ein äußerst tüchtiges Mitglied und werden seiner Feld in Ehren gedenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Moabit Krankenhaus aus statt.

Die Kollegen der Firma H. Hartung, 13645 Moabit.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Bezirk Gesundbrunnen. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Friedrich Henschke am 3. d. Mts. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Zweigvereinsvorstand.

Todes-Anzeige.

Hiermit allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag, nachmittags 7 1/2 Uhr meine liebe Frau

Pauline Schmitz geb. Wolf im 66. Lebensjahr nach achtmonatlichen schweren Leiden im Urban-Krankenhaus verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen Wilhelm Schmitz genannt Lucas nebst Kindern.

Achtung!!

Sumatra zweite Länge, ganz hell und schneeweiß brennend, pr. Pfd. 1,20 M.

Hamburger Rohtabak-Haus Filiale Berlin N., Brunnenstr. 190.

295/17*

Geramto, Redakteur, Paul Bittus, Berlin. Für den Exzerptenteil verantwortlich: E. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärtz-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Es wird versucht, in Arbeiterkreisen Willetts für ein Kränzchen des Stadtclubs „Aufgeplatterter Strohhalm“...

Berliner Nachrichten.

Auf dem Armenkirchhof,

wie der Volksmund den im Jahre 1881 eröffneten Berliner Gemeindefriedhof zu Friedrichsfelde immer noch nennt, sind im letzten Etatsjahr 4396 Personen beerdigt worden.

Man kann nur wünschen, daß diese Entwicklung des Gemeindefriedhofs vom Armenkirchhof zur allgemeinen Begräbnisstätte sich in noch rascherem Tempo vollziehen möge.

Auf den Friedhöfen zeigt sich die Intoleranz der Kirche in ihrer ganzen Größe, auf den Friedhöfen sollte auch die Scheidung von der Kirche sich in ihrer ganzen Schärfe vollziehen.

Das Fleisch im Haushalt der Arbeiterfamilie.

Wieviel gibt eigentlich eine Arbeiterfamilie im Laufe eines Jahres für Fleisch aus? In Zeiten der Fleischnot, wie wir sie jetzt haben, ist diese Frage doppelt wichtig.

Von den 908 Haushaltungen, die da berücksichtigt sind, wurden im ganzen Jahre 1 605 218,86 M. ausgegeben. Davon kamen auf Nahrungsmittel im Hause 778 756,46 M. und hiervon auf Fleisch 139 157,70 M., auf Speck und Wurst 90 105,60 M.

Das eine ist meist nicht angängig ohne Schädigung des Ernährungszustandes der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit. Das andere aber ist deshalb schwer möglich, weil ein Arbeiterhaushalt nicht mit einem Uebermaß entbehrlicher Ausgaben belastet zu sein pflegt und gewöhnlich nicht mit Ueberschüssen...

Das sind die Hauptzahlen; im einzelnen liegen die Dinge natürlich nicht überall gleich. Oft liegen sie besser, oft auch noch schlechter. Gegenüber den Hauptzahlen wird die Junkersippe, die selber im Essen, Trinken und noch manchem anderen sich nichts abgehen lassen mag, darauf hinweisen, daß der Arbeiter z. B. durch Verzicht auf den Alkohol die Mehrausgaben aufbringen könne.

Aus den einzelnen Haushaltungen greifen wir als Beispiel eine Haushaltung mit 9 Personen heraus, die sich mit einem Jahreseinkommen von 1206,00 M. behelfen muß. Bei 9 Personen ist das natürlich eine schwierige Aufgabe, und man kann sich nicht wundern, daß die Ausgaben in Wirklichkeit die Höhe von 1374,95 M. erreichten.

Preis um 10 Proz. hinauf, was ja pro Liter Vollmilch „nur“ 2 Pf. ausmacht, so darf die Familie, mit der wir es hier zu tun haben, sich ein Schuldenplus von 13 1/2 M. buchen.

Was mag nun der Vater für den Alkohol ausgeben? Für Essen im Wirtshaus hat er 10,20 M. gebucht, für Trinken im Wirtshaus seinen Pfennig. Für Bier im Hause finden wir 10,20 M. notiert, für Branntwein im Hause 2,70 M. — immer als Jahresausgabe.

Will man mehr Beispiele dieser Art? Wir können den Nahrungsmitteleinsteuerelementen mit weiterem Material dienen, wenn sie's wünschen. Wie gemeinschädlich ihr wucherisches Treiben ist, das ist an solchen Arbeiterhaushalten deutlich zu erkennen.

Platz da, wenn wir kommen!

Den Berlinern ist oft vorgerechnet worden, welche Vorteile und Genüsse sie davon haben, daß Berlin Residenz ist. Was wäre Berlin ohne den Hof? Und was ohne sein Militär? Wenn beides uns genommen würde — was bliebe uns da noch?!

In den Tagen der militärisch-dynastischen Feste, die in unserer Haupt- und Residenzstadt nicht rar sind, drängt diese Vorstellungsbühne sich den Berlinern immer wieder von neuem auf. Der Müßiggänger, der bei solchen Gelegenheiten die Aufgabe freiwilligen Spalierbildens übernimmt, fragt sich bellommen: Um wie viel ärmer an Freuden wäre Berlin, wenn wir nicht dann und wann ein paar Duzend Hofstutchen in glühender Gala mit Bier und oder Seihen an uns vorbeisähen, nicht dann und wann etliche Regimenter hinter Uniformen mit forschem Dambum und Trara an uns vorbeizögen lassen könnten?

Berlin muß den Vorzug, Haupt- und Residenzstadt zu sein, noch mit ganz anderem bezahlen als nur mit Straßenabsperrungen. Die Berliner Kommunalverwaltung sieht sich eingengt und gequält durch zahlreiche Rechte und Privilegien, die hier in der Residenz dem Träger der Krone vorbehalten worden sind.

Der Parade tag, den wir ja nun glücklich hinter uns haben, dürfte bezüglich dieser Vorrechte wieder recht belehrend gewirkt haben. Es ist wieder einmal abgeperrt worden nach allen Regeln der Absperrungskunst, die unsere Polizei aus dem ff versteht. Ja, Berlin ist nun mal Residenz! Und was wäre es, wenn es das nicht wäre?!

Die Parade ist nun endlich zustande gekommen. Ein wahres Glück! Denn wer weiß, wie viel untröstliche Lage den Schulen noch auferlegt worden wären, wenn es weiterergogen hätte! So brauchte nur noch Dienstag auszufallen. Es gibt Eltern, die den Begriff der allgemeinen Schulpflicht dahin auslegen, daß sie von ihnen eigenmächtig suspendiert werden dürfe, wenn sie ein Familienfest feiern, eine Landpartie machen usw.

Die neue Heimstätte Wuh für lungenkranke Männer, die im August endlich eröffnet werden konnte, fällt sich ziemlich langsam, obwohl die Zahl der vorgemeldeten Personen so groß ist, daß diese nicht einmal alle sofort Aufnahme finden könnten. Das Sanatorium stellt allwöchentlich eine Frequenzübersicht auf. Danach waren am 19. August von den 160 Betten, über die die neue Heimstätte verfügt, noch 64 Betten frei, und noch 71 Personen waren vorgemeldet. Am 20. August waren noch 45 Betten frei, und die Zahl der vorgemeldeten belief sich jetzt auf 68. Selbst am 2. September, also mehr als 14 Tage nach der Eröffnung, waren immer noch 28 Betten frei, und vorgemeldet waren noch 80 Personen.

Der Fiskus gegen die Stadt. Zur Freilegung der Lüneburgerstraße hatte der Eisenbahnfiskus vor etwa einem Jahrzehnt drei Grundstücksflächen von zusammen circa 42 Ar an die Stadtgemeinde abtreten müssen; das Polizeipräsidium setzte die Entschädigung auf 125 760 M. fest, welche angesetzt wurden. Wegen den Feststellungsbeschluss erhob der Fiskus nun Klage; er verlangte noch 544 900 M., also zusammen 670 720 Mark. Der Prozeß hat sich bis in das laufende Jahr hingezogen. Das Kammergericht hat dem Fiskus noch 182 804 M. nebst Zinsen zugesprochen, so daß er im ganzen 853 524 Mark, also kaum die Hälfte seiner Forderung erhalten hat. Die Zinsen allein haben sich im Laufe der Jahre auf 80 558 M. angehäuft; dazu kommen die hohen Gerichtskosten.

Ueber die Verlegung der Zentral-Markthalle und die Verbilligung des Markthallen-Standgeldes äußerte sich der städtische Markthallen-Direktor Graue in einer Rücksprache mit einem Vertreter der Interessenten folgendermaßen: Die Verlegung der

Engros-Halle stützt auf große Schwierigkeiten. Während einerseits der Polizeipräsident darauf drängt, zur Verminderung des starken, die Passanten gefährdenden Wagenverkehrs die in Aussicht genommene Verlegung der Engros-Halle nach der Landsberger Allee schleunigst durchzuführen, sträuben sich andererseits die Obst- und Gemüse-Großhändler entschieden dagegen und erklären, daß sie im Interesse ihres Geschäfts unbedingt im Zentrum der Stadt verbleiben müßten. Es werde deshalb ein neues Projekt in Erwägung gezogen: nicht die Engros-Halle, sondern die jetzige Zentral-Details-Halle am Alexanderplatz soll verlegt werden. Die beiden Hallenräume würden dann dem Engros-Handel eingeräumt, was allerdings die Verlegung von Eisenbahngleisen ins Innere der jetzigen Zentral-Markthalle mit einem Kostenaufwande von etwa einer Viertelmillion Mark erforderlich machen würde.

Statistik der Pflanzen in Berlin. Die Baumschulen und die baumschulmäßig bewirtschaftete Fläche des städtischen Planters am 1. d. S. enthielt Ende März d. J. mehr als 1 400 000 Pflanzen verschiedener Größe und Art. Die städtischen Gewächshäuser und Blaupflanzen enthielten, nachdem 100 000 Blumen und Blaupflanzen im Werte von 48 200 M. für die Schulpflanze, Krankenhäuser, Schulen usw. abgegeben worden waren, im September 1904 noch 135 000 Pflanzen, welche inzwischen eine Vermehrung erfahren haben. In den städtischen Parks waren Ende März 1905: 3637 Bäume aufgestellt, deren Zahl in diesem Jahre weiter vermehrt worden ist. Für die Einrichtung neuer und die Verbesserung der vorhandenen Schmuckanlagen wurden 36 800 M. ausgegeben und für die Unterhaltung des Tiergartens ein Beitrag von 50 000 M. gezahlt.

Große Enttäuschung bei den Straßenbahn-Abonnenten, die eine Karte für alle Linien der Großen Berliner Straßenbahn besitzen, hat die Mitteilung hervorgerufen, daß sie die verlängerten Straßenbahnlinien 52, 60, 66 und 88 bis Friedenau bezw. Wilmersdorf, das heißt bis zu ihren jetzigen neuen Endpunkten benutzen können. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Gültigkeit dieser Karten erlischt vielmehr an der Grenze, an der der Betrieb der Großen Berliner Straßenbahn auf die Westliche Vorortbahn übergeht. Diese Grenze ist in Schöneberg für die Linien 60 und 68 an der Haupt-, Wag- und Koburgerstraße, für die Linie 52 an der Brunnenwaldfraße und Martin Aufferstrahlen-Ecke, für die Linie 66 an der Rosbiterstraße, Ecke der Kaiser-Allee. Abonnements für einzelne dieser Strecken in ihrer ganzen Ausdehnung haben nur Gültigkeit, wenn die Karten Ueberlebeszettel enthalten, auf denen die neuen Streckenzüge vermerkt sind. Wochenkarten gelten auf den Anschließlinien nur auf den einzelnen Strecken der die Wochenkarten ausstellenden Verwaltung. Hinsichtlich des Fahrpreises ist der Befreiungstarif nur auf den Linien 60 und 88 eingeführt. Auf den Linien 52 und 66 kostet die ganze Fahrt 15 Pfennig. Zehnpfennigstrecken auf der Linie 52 sind: Döngersstraße—Wabelsbergerstraße und Brandenburger Tor—Bismarckplatz, auf der Linie 66: Lichtenberg—Rosbiterstraße, Ecke Kaiser-Allee, und Spittelmarkt—Kaiser-Platz.

Die „Große Berliner“ betreibt die Schikanierung des Publikums systematisch. In ihren Wirkungen läuft diese neueste Tarifleistung auf eine Vrellung der Abonnenten hinaus.

Fremde Nahrung an christliche Lehrerinnen!

Die „Germania“, die in beneidenswerter Weise den doppelten Verus in sich vereint, die Religion der Demut und die Politik der „einzig wahren Volkspartei“ vertreten zu dürfen, erteilt ihren Lehrerinnen in einem höchst erbaulichen Kapitel, das von der „Dienstbotennot“ handelt, diese wahrhaft christlichen Lehren:

Kotwendig ist es, daß unsere Lehrerinnen im höchsten Maße auf das Gesundheitsbureau gehen, denn sonst kann es ihnen passieren, daß sie von den anderen Damen für eine Mädchen gehalten und nach ihrem Tuche gestogt werden. Die stehensuchenden Mädchen sind nämlich selbst so schlafgabelnd, daß ein derartiger Irrtum sehr wohl möglich ist.

Es ist schon anerkanntswürdig, daß das Organ der einzig wahren Volkspartei nur mehr auf Referat aus jenen Kreisen rechnet, die das Vorrecht haben, unter der „Dienstbotennot“ leiden zu dürfen. Das höchste an praktischem Christentum aber erreichte sie in den Verhaltungsmaßregeln, die sie den christkatholischen Zentrumsgängen auf den Weg zum Gesundheitsbureau mitgibt. Welches Unglück, wenn eine Lehrerin der „Germania“ durch schlechte Kleidung in den Verdacht geriete, sich ihr Christ in ehrlicher Weise zu verdienen, oder, wie die „Germania“ es großmütig ausdrückt, eine „organisierte Küchenfee“ zu sein! Obwohl von den Katholiken Deutschlands neunundneunzig Hundertstel den arbeitenden und dienenden Ständen angehören, kann's für eine „Germania“-Christin keine schlimmere Schande geben, als für eine „Küchenfee“ gehalten zu werden! Drum nicht mit Brillanten gespart und nicht mit edlen Spitzen, damit das Rad wech, mit wem es zu tun hat!... Also spricht die wahre Volkspartei und die Religion der Demut!

Der Typhus in Berlin. Im Krankenhaus Moabit befinden sich zurzeit etwa achtzig Typhuskrankte in der Isolierstation. Die Epidemie scheint diesmal ziemlich gutartig aufzutreten, denn bisher ist nur ein einziger Todesfall zu verzeichnen gewesen.

Drei schwere Baumfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Im Neubau des Mariendorfer Rathauses war der 38 Jahre alte Maler Johann Kamrowski mit der Ausführung von Plasterarbeiten beschäftigt. Dabei fiel plötzlich die Leiter, auf der er stand, um, der Maler stürzte ab und erlitt einen komplizierten Schädelbruch. Verwundet wurde der Kermis in das Wipser Kreis-Krankenhaus eingeliefert. — Der Arbeiter Johann Berns wollte auf einem Neubau an der Harzerstraße einen Sad Zement auf die Rüstung tragen. Er brach durch ein morsches Brett hindurch und zog sich bei dem Sturz schwere Verletzungen am Lunterhals zu. — Bei dem dritten Unglücksfall wurde der Maler Fritz Klingbeil, Reuterstr. 81 zu Niddorf wohnhaft, erheblich verletzt. Er hatte mit einem Kollegen O. gemeinschaftlich gearbeitet; beide stonden auf einem Leitergerüst. Dieses kam ins Rutschen und O. stürzte auf Klingbeil. Der letztere erlitt einen Knöchelbruch und wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Der deutsche Milchhändlerverband hält zurzeit in Magdeburg seine Generalversammlung ab. Rechtsanwalt Dr. Platow hielt als Syndikus des Vereins einen Vortrag, in welchem er auf die dänische Milch zu sprechen kam. Er meinte, jeder Milchhändler, der sich einen Strich lauft und sich aufhängt, sucht doch lieber einen Ausweg und holt sich dänische Milch. (Sehr wahr!) Die Agrarier haben auch diesen Weg ja gezeigt. Sie haben ja auch galizische und russische Arbeiter im Dienst. Erst sollen sie diese entlassen, dann können sie mit uns über dänische und holländische Milch rechten. Nachdem dann Herr Puley einen Vortrag gehalten, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Der Verbandstag beschließt: die vom Bund der Landwirte im Leben gerufene agrarische Ringbildung, die auf Monopolisierung der städtischen Milchversorgung und künstliche Milchverfälschung abzielt, stellt eine ständige Gefahr für den Konsumenten dar, der wirksam durch Einführung ringfreier Milch aus dem Auslande entgegengetreten werden muß. Gleichzeitig stellt der Verbandstag mit Bedauern fest, daß im Gegensatz zu der seitens der Regierung betonten, dem Bund der Landwirte gegenüber stets proklamierten Mittelstandsfreundlichkeit jede agrarische Unternehmung, die auf Ausschaltung und wirtschaftliche Vernichtung unseres Gewerbes abzielt, von Regierungswegen jede erdenkliche Förderung erfährt.“

Zu der Familienkradegde in Roabit, woselbst, wie wir berichteten, die Frau des Arbeiters Schmeint a sich und ihre drei Kinder zu vergiften versuchte, wird uns noch mitgeteilt, daß der Zustand des ältesten Sohnes Alfred zu Beforgnissen Veranlassung gegeben hat. Der Knabe hat eine größere Menge von dem Pflanzgift getrunken, als man anfänglich annahm und mußte gestern vormittag gleichfalls nach dem Krankenhaus Roabit gebracht werden. Frau Schmeint liegt nach wie vor in bedenklichem Zustande da. Sie sollte die Unglückliche mit dem Leben davonkommen, so wird sie sich noch wegen versuchten Mordes in drei Fällen zu verantworten haben. Ihr Mann galt in der Nachbarschaft als ein leicht erregbarer Charakter. Die Weibenswerte ertrug ihr Schicksal in stiller Hingebung. Nur selten kamen Klagen über ihre Lippen. In der Verzweiflung ließ sie sich schließlich zu der unseligen Tat hinreißen.

Unheilbarer Krankheit wegen in den Tod gegangen ist der als Schneider in einer hiesigen Schuhwarenfabrik beschäftigt gewesene 29 jährige Konrad Böllert aus Nürnberg. Der junge Mann war seit einiger Zeit lungenleidend und in einem hiesigen Krankenhaus in Behandlung gewesen. Hier war er als unheilbar entlassen worden und so beschloß er, da er Aufnahme in einer anderen Heilanstalt nicht finden konnte, sich das Leben zu nehmen. Er schrieb an seinen Bruder in Leipzig, daß er in den Fluten der Spree bei Nieder-Schöneweide den Tod suchen werde. Als der Bruder hier eintraf, hatte der Lebensmüde seinen Voratz ausgeführt. Vorgestern fand man seine Leiche unweit Reptunshain.

Auf einem Möbelwagen verunglückt ist gestern nachmittag in der Wallstraße der 10 jährige Sohn Willi des Masseurs Kaufmann aus der Jerusalemstr. 60. Der Knabe fragte den Führer eines leeren Möbelwagens, ob er mitfahren könne und da ihm dies zugestanden wurde, setzte er sich seitwärts auf und ließ die Beine herabhängen. Ein vorüberfahrender Kohlenwagen kam nun zu nahe heran, sodaß die Beine zwischen den beiden Gefährten eingeklemmt wurden. Ein herbeigerufener Arzt stellte einen schweren Schenkelbruch fest.

Die Luftstiege, während der Fahrt von Straßenbahnwagen abzuspringen, hat wieder ein Opfer gefordert. An der Kaiser Wilhelm-Gedächtnisstraße sprang die 25 jährige Anna Dirchfeld, die bei dem Apotheker S. Gumbachstr. 6, tätig war, von dem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen Nr. 2713 der Linie 79, der sich in der Richtung nach Halensee bewegte, ab. Die Leichtsinngige schlug dabei mit dem Kopf auf den Fahrdamm und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Bewußtlos wurde sie in das Krankenhaus Roabit eingeliefert.

Mit Salmiakeisig zu vergiften versuchte sich gestern die Ehefrau des Arbeiters A. Generalstraße 12. Die Frau lebte mit ihrem Manne im schlechten Einvernehmen und trug sich schon längere Zeit mit dem Gedanken, aus dem Leben zu scheiden. Nach einem Familienstreit nahm sie nun gestern das Gift zu sich. Im hoffnungslossten Zustande wurde sie nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus gebracht.

Die Affäre Rogall ist seit dem gestrigen Tage als endgültig erledigt zu betrachten. Die gerichtsarztliche Leichnung der Leiche des Kaufmanns Rogall in Friedrichshagen, an dessen vor einigen Wochen erfolgten Tod sich das Gerücht eines Giftmordes knüpfte, hat ergeben, daß in den ausgetragenen Leichenteilen irgend ein Gift nicht zu entdecken war. Als Todesursache wird nach dem seinerzeit abgegebenen Gutachten des Arztes Herzschlag angenommen.

Ein schwerer Automobil-Unfall ist gestern abend durch die Nichtsichtbarkeit eines Automobilführers im Tiergarten verursacht worden. Der bereits im 75. Lebensjahr stehende pensionierte Beamte Winkelbach, der bei seiner Tochter in der Plandorferstraße 8 wohnt, war im Tiergarten spazieren gegangen und wollte den Fahrdamm der Charlottenburger Chaussee überschreiten. Langsam bewegte sich der Greis über die Straße hinweg. Vom Brandenburgischen Tor kam in diesem Augenblick ein Automobil herangerast. Es feuerte auf den Alten zu. Unbarmherzig wurde er zu Boden gerissen und überfahren. Mit einem schweren Schädelbruch blieb er bewußtlos auf dem Fahrdamm liegen. Als man sich nach dem wilden Automobilisten umfah, war er mit seinem Löff-Löff bereits in weiter Ferne. Er hatte sein Heil in der Flucht gesucht. In fast hoffnungslossten Zustande brachte man den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus Roabit. Wenn die Automobilisten nach Anrichtung scharfer Anheils sich durch die Flucht ihrer Verantwortung entziehen, dann dürfte die Mißbilligung des Publikums gegen den zunehmenden Automobilverkehr sich gelegentlich recht scharf äußern.

Des Mordes geständig ist jetzt der Arbeiter Euent, der vor sechs Wochen zugleich mit dem Arbeiter Jumbo unter dem dringenden Verdachte verhaftet worden war, dem Himmerrmann 24 bide auf der Straße nachts aufgelauert und ihn erstochen zu haben. Nachdem beide sich seither in Untersuchungshaft befunden hatten, fand Montag ein gerichtlicher Termin statt. Hierbei räumte Euent schließlich ein, allein das Verbrechen begangen zu haben; er habe sich in der Person geteilt, so daß der Ermordete das Opfer einer Verwechselung geworden ist. Jumbo, der sechs Wochen unschuldlich in Haft gewesen ist, wurde in Freiheit gesetzt.

Feuerbericht. Ein großes Wäschaufgebot der Wehr wurde gestern nachmittag gegen 4 Uhr infolge mehrmaliger Meldung nach dem Hamburger Güterbahnhof an der Haldestraße gerufen. Es brauchte aber nur ein Löschzug in Tätigkeit zu treten, da nur ein unbedeutender Brand in einem Futterstall vorlag, der mit einer Schlauchleitung bald erlosch. — Ein zweiter Stadtbrand mußte dann in der Weußelstraße 9 abgelöscht werden. — Möbel, Gardinen usw. gingen in der Jorndorferstr. 20 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Lindowestr. 18/19 Stühle mit ungelöschtem Kalk auf einem Neubau brannten. — In der Eichendorffstr. 15 hatten dann noch Fleischwaren in einer Küchenschammer Feuer gefangen.

Theater. Im Metropol-Theater findet nunmehr die letzte Aufführung der „Herren von Maxim“ am Mittwoch, den 6. September, statt. Am Donnerstag und am Freitag bleibt das Theater geschlossen, während am Sonnabend, den 9. September, die neue große Ausstattungsbrevue Julius Freund's „Auf ins Metropol“ (Wassil von Viktor Hollander) erstmalig in Szene geht. — Im Theater des Westens findet die erste Aufführung von „Madame Gogo“ am Sonnabend, den 9. September, statt. — Die Besetzung von Henrik Ibsen's Schauspiel „Rosa“, das heute, Mittwoch, im Schiller-Theater (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) zum erstenmal in Szene geht, ist folgende: Robert Delmer: Leopold Jwald, Rosa: Elie Wala, Dr. Paul: Erich Fiegel, Frau Lind: Alwine Wiede, Günther: Walter Disting. — „Luzifer“

Theater. Donnerstag, den 7. d. M. gelangt Schillers „Fiesko“ in folgender Besetzung zur Aufführung. Die Damen: Imperatori Justa: Vielh, Leonore: Viel; die Herren: Fiesko: Merler, Muley Hassan: Schneider, Verina: Ruff, Dourgogino: Kinkel.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Schülerversicherung. Eine Schülerversicherung will der Charlottenburger Magistrat einrichten. Verablichtigt wird die Schüler der Kunstgewerbe- und Handwerkerhöfe gegen Unfall zu versichern, soweit sie an den praktischen Übungen in der Elektrotechnik teilnehmen oder den Fachklassen für Maschinenbau, Bauhandwerker, Schlosser, Wegbauer, Tischler, Mechaniker und Elektrotechniker angehören oder Schüler der Tagelassen für Innenarchitektur und Mechanik sind. Versicherungspflichtig sind etwa 230 Schüler. Als Entschädigung sind 1000 M. für den Todesfall, 15.000 M. für den Fall der Invalidität sowie 3 M. tägliche Kurkosten vorgesehen. Für die Versicherung sind jährlich 1,60 M. auf jeden Schüler zu entrichten. Entgegen der Anregung der Regierung, die Versicherung auf Kosten der Schüler durchzuführen, will die Stadt die Kosten mit 1472 M. für 5 Jahre selbst tragen.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Nach kurzer Sommerpause nimmt der Verein mit frischen Kräften und erweitertem Programm seine Arbeiten wieder auf. Er wird am 22. September „Therese Raquin“ von Emile Zola und im Oktober „Rosmersholm“ von Ibsen zur Aufführung bringen, während für die folgenden Monate unter anderem in Aussicht genommen sind: „Iphigenia auf Tauris“ von Goethe, „Hansler“ von Heppner, „Maria Magdalena“ von Heibel, „Winterklaf“ von Dreher, „Friedensfest“ von G. Hauptmann und „Fräulein Julie“ von Strindberg. Es wird ferner der Versuch gemacht werden, das Interesse der Mitglieder auch für andere Gebiete der Kunst zu entfachen und zu pflegen. Vorlesungsabende sollen die Kenntnis der reichen Schätze der erzählenden Literatur vermitteln. Die Freunde am Schönen in den Werken der bildenden Künste zu erwecken wird das Ziel einer Reihe von Vorträgen sein, für welche Herr August Endell zu unserer großen Gemüthung seine Vereitlung erklärt hat. Schon am 15. September wird der erste dieser Vorträge mit dem Thema „Ueber die Schönheit der großen Stadt“ im Volkshaus, Rosinenstraße 3, stattfinden.

Alle diese Pläne werden indessen nur dann eines Erfolges sicher sein, wenn die aufgestellten Arbeiter-Charlottenburger insgesamt sich den Bestrebungen des Vereins dienstbar machen. Es ergeht deshalb die dringende Aufforderung an die Arbeiterschaft Charlottenburgs, in großen Scharen dem Verein beizutreten, und auch an den nicht-offiziellen Veranstaltungen des Vereins sich zahlreich zu beteiligen. Anmeldungen werden bei den folgenden Hauptstellen des Vereins entgegengenommen:

E. Müller, Rosinenstraße 3, Volkshaus; Wil. Rischstraße 30; Baesler, Schillerstraße 8; Franz Schmidt, Wilmersdorferstraße 130; Konsumverein, Wilmersdorferstraße 27; Sigalle, Schloßstraße 26a, und in Wilmersdorf: Wilh. Rurrer, Eislebenerstraße 14 und Käster, Lauenburgerstraße 20.

Schöneberg.

Die Neubesezung der freigewordenen Bürgermeister- und Rämmererstelle, die in den bürgerlichen Kreisen Veranlassung zu einer großen Heide gegeben hatte, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung am vergangenen Montag in nichtöffentlicher Sitzung. Bekanntlich hatte der Magistrat die Trennung dieser beiden Stellen empfohlen und für den Rämmererposten einen angestellten Beamten der Rämmererei, den Rechnungsdirektor Nachowicz, in Vorschlag gebracht. Um die Person dieses Herrn entspann sich nun seit Monaten ein lebhafter Streit, der in höchster Weise ausartete und auch in der bürgerlichen Presse einen Rausch fand. Sowohl für wie gegen diesen Herrn wurde eine persönliche Agitation und Bearbeitung der Stadtverordneten entfaltet. Sogar unsere Parteigenossen wurden in ihren Wohnungen aufgesucht, um ihre Stimmen, die gewöhnlich in solchen Fällen den Ausschlag geben, für eine der beiden Parteien zu gewinnen. — In der letzten Sitzung, die sich bis Mitternacht ausdehnte, ist nun entgegen dem Vorschlag des Magistrats und des eingetragenen Ausschusses beschlossen worden, nicht nur die Stelle des Bürgermeisters, sondern auch die des Rämmerers auszuscheiden. Diefem Beschlusse sind auch unsere Parteigenossen beigetreten. Bis zur endgültigen Wahl, die noch einige Zeit auf sich warten lassen dürfte, wird wohl der Kampf unter den „Bürgerlichen“ noch weiter toben.

Die Auslosung der Stadtverordneten, die in früheren Jahren regelmäßig in der ersten Sitzung nach den Ferien erfolgte, hat am Montag nicht stattgefunden. Eine Anfrage aus der Versammlung, weshalb dieselbe nicht vorgenommen wurde, ist vom Magistrat unbeantwortet geblieben. Hoffentlich wird die Auslosung nun in der am nächsten Montag stattfindenden Sitzung erfolgen.

Rixdorf.

Ein zweites Riefelfeld wird die Stadtgemeinde Rixdorf demnächst einrichten. Sie hat zu diesem Zwecke bei Brunsdorf und Groß-Rachnow ausgedehnte Terrains erworben. Gestern ist beim Magistrat die landespolizeiliche Genehmigung zur Anlage des Riefelfeldes eingegangen.

Aus Wiedergram irrünftig geworden. Das 24jährige Dienstmädchen Gulda M., das bei einem Beamten in Rixdorf in Stellung war, hatte vor einiger Zeit die Bekanntschaft eines jungen Mannes gemacht, dem es von ganzem Herzen zugetan war. Die M. war der Meinung, daß sie bei dem Angebeteten wahre, treue Gegenliebe gefunden habe. Umso grauer war die Enttäuschung für das junge Mädchen. Kürzlich erfuhr es, daß der Herzallerliebste auch noch zahlreiche andere „Verhältnisse“ hatte. Ueber diese Treulosigkeit wurde die Arme tiefeninnig und schließlich gesteskrant. Gestern mußte sie auf ärztliche Anordnung nach einer Charlottenburger Heilanstalt übergeführt werden.

Weißensee.

Die letzte Sitzung der Straßbau-Kommission. Vor kurzer Zeit ist es unserer Genossen im „Dorparlament“ gelungen, den Genossen Steiniger Scholz in die Straßbau-Kommission hineinzuwählen. Man magte annehmen, daß es der Kommission nur angemessen sein konnte, wenn ein unparteiischer Sachmann Aufklärung über Pflasterarbeiten, Material usw. zum Vorteil der Gemeinde geben würde. Scholz kontrollierte dann in Erfüllung seiner Pflicht auch gewissenhaft die einzelnen Baustellen und stellte hier und da Mängel fest, deren Beseitigung er verlangte. Das ging jedoch den Herren Steinigermeistern wider den Strich, die nun vom Gemeindevorsteher verlangten, daß diese „belästigende“ Kontrolle aufhöre. Vermutlich deuteten sie an, daß sie sonst die Arbeit liegen lassen würden, denn dem Genossen Scholz wurden in einer stattgefundenen Sitzung der Kommission ähnliche Andeutungen mit der ausdrücklichen Aufforderung gemacht, solche Kontrollen in Zukunft zu unterlassen, da die Landgemeinde-Ordnung keine Bestimmungen aufweise, wonach Mitgliedern einer Kommission derartige Rechte zustehen! Seine Beschwerden habe er nur in der Kommission vorzutragen, die vielleicht alle 4-6 Wochen einmal zusammentritt. Genosse Scholz wies mit Recht darauf hin, daß unter diesen Umständen die Kommission sich ihre Existenzberechtigung selbst abspiegele. Wenn auch die nicht mehr zeitgemäße Landgemeinde-Ordnung nur dem Gemeindevorsteher das Recht der Kontrolle einräumt, so war er als einfacher Bürger doch der Meinung, daß die Ueberwachung von Gemeindearbeiten nicht nur zweckmäßig, sondern im Interesse der Gemeinde dringend notwendig sei. Ein jetzt gestellter Antrag, jede Baurarbeit durch zwei Kommissionsmitglieder beaufsichtigen zu lassen, wurde gegen die drei Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Die Unternehmer haben nun ihre „Auf“, ob zum Wohle der Gemeinde, ist recht zweifelhaft.

Zu derselben Sitzung wurden die Pflasterarbeiten in der Lehberstraße an den Mindestfordernden, einen Erdbauunternehmer vergeben. Der Auftragnehmer, der Arbeiten an Unternehmer vergeben werden, die sie nicht selbst ausführen lassen, scheint unausrottblar zu sein. Auch in diesem Falle wird der Unternehmer die Pflasterarbeiten einem Steinigermeister übertragen, er streicht eine Zwischenprovision ein. Zwei Unternehmer wollen nun verdienen, das ist nur auf Kosten der Arbeitslöhne und des Materials möglich.

Pankow.

Die Versammlung des Wahlvereins am 30. August war schwach besucht. Ein Regenguß sollte Interesse und Eifer der Mitglieder nicht so leicht dämpfen. Die Berichte über die Tätigkeit der Genossen in der Gemeindevertretung erstatteten zunächst die Genossen Kubig und Freimwaldt. Um die Diskussion nicht abzukürzen, wurden die weiteren Referate zurückgestellt. Einwendungen gegen die Tätigkeit der Genossen im Gemeinderat wurden nicht erhoben. Beide Referenten brachten eine gewissermaßen pessimistische Auffassung über die Teilnahme an der Gemeindeverwaltung unter den obwaltenden Umständen zum Ausdruck. Das ist begründlich bei einer solchen Ueberlastung des einzelnen Vertreters und bei der Einsichtlosigkeit der bürgerlichen Mehrheit der Gemeindevertreter sozialpolitischen Aufgaben gegenüber. Bei dem ständigen Wachstum der Gemeinde muß unter allen Umständen verlangt werden, daß die Gemeindevertretung entsprechend vergrößert wird.

Die Badeeinrichtung in der Schule in der Brunowstraße, die seit Jahr und Tag besteht, ist noch immer nicht betriebsfähig. Die auf demselben Schulgrundstück unzulänglich errichtete Mauer mußte wieder niedergelegt werden, damit eine Turnhalle erbaut werden konnte. Zum Bau der letzteren wurde die Gemeindevertretung sogar erst durch die Regierung angehalten, obwohl die Notwendigkeit von vornherein außer Frage war. Für ein so umfangreiches Gemeinwesen, wie das eines größeren Berliner Vororts, ist die Forderung der Anstellung technischer gebildeter Beamten unabwendbar, die Gemeindevertreter sollten wenigstens von den regelmäßigen Bau-Strafenabnahmen usw. entlastet werden und nicht dazu herangezogen werden, dauernd mit Vertretern der Bau- und Terraingesellschaften darum zu feilschen, daß neue Straßen breit genug angelegt werden. Sozialpolitisches Verständnis bekundeten auch die bürgerlichen Vertreter gern, wenn es sich um Schulforderungen für die Kinder ihrer Klasse handelte. Der Plan für die Erbauung und Einrichtung eines Realgymnasiums in der Nähe des Amtsgerichts zeigt durchaus von eingehendem Verständnis für die an die Schule in pädagogischer und hygienischer Hinsicht zu stellenden Anforderungen. Dagegen trifft die stiefmütterliche Behandlung der Volksschule, die jene Vertreter eben nur als Armenkinder ansehen, ungemein scharf hervor. Vor einigen Monaten noch erbrachte die Mehrheit in der Gemeindevertretung den Beweis hierfür. Abgelehnt wurde den Volksschullehrern eine Zulage, durch die ihre Gehälter denjenigen ihrer Kollegen in Nachbarorten gleichgestellt werden sollten. Den Realsschullehrern wurde dagegen bald danach eine entsprechende Zulage bewilligt. Dabei werden der Realsschule für jeden Schüler circa 105 M., der Volksschule für jedes Kind aber nur circa 67 M. aus Gemeindegeldern im letzten Jahre zugewendet. — Die Kosten der Amtsverwaltung darf die Gemeindevertretung bewilligen, aber „Polizeisachen“ nicht erörtern. Solche Polizeisache soll z. B. die Bescheidung über den Gestank des Eichengrabs sein. Gegen die Verhandlung einer anderen Polizeisache in der Gemeindevertretung — die Anschaffung von Revolvern für die Polizeibeamten — wurde jedoch nichts eingewendet, wenn auch der Antrag an sich abgelehnt worden ist. — Die Krankenversicherung der Heimarbeiter ist endlich bis — zu einer Umfrage gediehen. Immerhin scheint die Angelegenheit beschleunigt zu werden, da die umfangreichen Fragebogen binnen drei Tagen auszufüllen sind; die Ergebnisse der Umfrage werden also in Kürze zu erwarten sein. In der Diskussion wurde angeregt, die Heimarbeiter und Arbeiterinnen aufzufordern, in einer öffentlichen Versammlung zu der Frage Stellung zu nehmen. Die äufert lebhaftesten und feilschenden Debatten über die Gemeindegeldangelegenheiten, auf die hier weiter einzugehen der Raum verbietet, sollen fortgesetzt werden. Nachdem noch auf das am 9. September im Lokale des Herrn Eberbach stattfindende Stiftungsfest des Frauen- und Mädchenvereins Pankow-Nieder-Schönhausen, sowie auf den am 10. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale der Frau Mierke, Berlinerstr. 51, stattfindenden Vortrag des Genossen Meyer-Nieder-Schönhausen über „Die Notwendigkeit einer Jugendorganisation“ hingewiesen worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Potsdam.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Schutzmann Streubel in Potsdam, welcher am Sonnabend durch die Pferde eines Wagens aus dem kaiserlichen Marfiall, die ohne Aufsicht waren und durchgingen, arg verletzt wurde, als er sich ihnen entgegenwarf.

Grünau.

Bestoren ist die Sammelliste Nr. 4006 zur Dedung der Unkosten der Delegation zum Parteitag. Dieselbe ist mit dem Stempel des Zentral-Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg versehen. Der Finder wird gebeten, die Liste an Fritz Duda, Grünau, Königstr. 1, abzuliefern.

Tegel.

Eine neue Spezialität haben sich Diebe geschaffen, welche gegenwärtig die nördlichen Vororte unsicher machen. Sie haben sich auf das Klündern der Felder gelegt. Als gestern ein Tegeler Landmann zu seinem Grundstück nach dem Hermsdorfer Felde kam, sah er zu seinem Erstaunen, daß über Nacht seine Kohlstöpfe eingeknallt worden waren. Es sind insgesamt nahezu 1000 Krautköpfe gestohlen worden. Die Polizei glaubt den Dieben auf der Spur zu sein. Sie haben den Kohlstiefel im großen sicher mit einem Berliner Händler gemeinsam ausgeführt.

Unbekannter Selbstmörder. In der Oberspreewald hat sich vorgestern in später Abendstunde eine unbekante männliche Person erstrakt. Der Lebensmüde sprang zwischen Rieder- und Ober-Schöneweide vom Kaiserweg in die Fluten hinab und versank in der Tiefe. Die Leiche konnte bisher noch nicht gelandet werden.

Sprengung eines Schiffahrtshindernisses der Oberspreewald. Die Wasserbauinspektion Köpenick läßt gegenwärtig bei Trepfow Sprengungen vornehmen, um die Ueberreste des kürzlich von Pionieren gesprengten Mittelfeilers der alten Eisenbahnbrücke zu beseitigen. Es wird hierzu Munition vom Eisenbahnrégiment verwendet. Die Brücke war früher in zwei Bogen, getragen von dem betreffenden Mittelfeiler, gebaut, während sie jetzt die Spree in einem Bogen überspannt. Die Beseitigung des Pfeilers war wegen der Störung der Schiffahrt notwendig geworden.

Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülfinnen Deutschlands. Bezirk Charlottenburg. Mittwoch abend 9 Uhr Sitzung im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Vortrag des Herrn Hinkelstein über „Wissen ist Macht“. Gäste sind willkommen. Der Bezirksleiter.

Bezirk Rixdorf. Mittwoch abend 9 Uhr Sitzung bei Hoppe, Berlinerstr. 14. Gäste sind willkommen. Zahlreichen Besuch seitens der Mitglieder erwartet. Die Agitationskommission.

Verband der Feuergehülften Deutschlands. (Zweigverein Berlin.) Versammlung am Donnerstags, den 7. d. M., abends 10 Uhr, Rosenthalerstraße 57.

Deutscher Arbeiter-Abstinenzband. (Ortsgruppe Berlin.) Mittwoch, den 6. September, 8 1/2 Uhr, Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Vorlesung über Abstinenz und Gothenburger System. Diskussion. Gruppenangelegenheiten. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Leser- und Diskussionsklub „Roabit“. Mittwoch, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Bachstein, Salzweberstraße 16: Rezitation. Herr Direktor Julius Furl. Gäste willkommen.

Leser- und Diskussionsklub „Götter-Club“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Teltowstr. 55, Vortrag des Genossen Link über: „Die Rechte der Arbeiter aus der Unfallversicherung“. Gäste willkommen.